

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Vereandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Frühsitzt wöchentlich einmal Samstags. Abonnementoppreis bei der Post 80 Pf., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 15. Dezember 1894.

Zulieferer die vergrößerten Petrikette oder deren Raum zu
Reaktion und Spedition:
Kunz & Co., Weizenstraße 12.

Der Winter.

Die Walzwerke sind im Allgemeinen genügend beschäftigt. Bei niedrigen Preisen sind zur Zeit auch noch größere Abschlüsse möglich, indessen sind die Werke nicht geneigt, zu den heutigen Preisen und auf längere Lieferzeit solche zu übernehmen. Abschlüsse für starke Nummern sind schwierig, dagegen steigt das Geschäft für schwächere Bleche günstiger. Lager sind bei den Händlern nicht vorhanden, eingehende Aufträge müssen daher sämtlich schnellst ausgeführt werden. . . Die Eisengießereien sind im Allgemeinen gut beschäftigt, die erzielten Preise sind indes nicht aufgiedenstellend. Die größeren Maschinenfabriken sind bis in das Jahr 1895 hinein mit Aufträgen versehen, die Preise lassen aber auch hier viel zu wünschen. Die Fabriken für Spezialitäten sind reichlich mit Aufträgen versehen und sind die erzielten Preise thielweise befriedigend. Die Dampfkesselfabriken und Eisenkonstruktionswerkstätten haben wohl für die nächsten Monate genügende Arbeit, klagen aber sehr über die Preise. Die große Zahl der kleinen Fabriken für Artikel der Eisenbranche ist sehr verschiedenartig beschäftigt, meistens sind aber Aufträge und Preise sehr mäßig. Auftragen sind im Allgemeinen zahlreicher als im vergangenen Sommer. Keinefalls wird trotz der bevorstehenden Wintertmonate in der nächsten Zeit eine weitere Verschlechterung des Geschäfts erwartet."

Diese Schilderung der Geschäftslage entnehmen wir dem für den Oktober ausgegebenen Monatsberichte des neuerrichteten Berg- und Hüttenvereins zu Siegen, dem 164 Werke mit 18975 Arbeitern, d. h. fast die ganze Siegerländer Eisenindustrie, angehören. Aehnliche Situationsbilder sind aus Oberschlesien, Rheinland und Westfalen und aus anderen Theilen Deutschlands, sowie auch aus dem Auslande in den Handelstheilen der großen bürgerlichen Blätter zu finden. Ferner ist aus den im Juli oder August gewünschten Geschäftsbüchern vieler Aktiengesellschaften der Maschinenindustrie zu erschließen, daß die Geschäftslage eine bessere geworden ist und für längere oder kürzere Zeit genügende Geschäftsaufträge vorliegen.

Nach diesen an der Quelle geschöpften Informationen über die gegenwärtige Geschäftslage kann man unmöglich zu dem Schluß kommen, daß sie eine trostlos schlechte sei. Um wenigsten konnte erwartet werden, daß der Winter mit Lohnreduktionen und Arbeiterentlassungen werde eingeleitet werden. Bezüglich der ersten sei nur an die Vorgänge in der Bergwerksfabrik von L. Löwe und Cie. erinnert und im übrigen angelegentlichst das Studium der in unserem Blatte, Nummer für Nummer, sowie in der übrigen Gewerbezeitung enthaltenen zahlreichen Notizen und Mitteilungen empfohlen, die außerst anschaulich und wahrheitgetreu über die

wirtschaftliche Lage der Arbeiter unterrichten. Man muß diese Einzelberichte und jene Unternehmensberichte zusammen lesen, um einigermaßen eine zutreffende Übersicht über den Stand der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erlangen.

Was die Arbeiterentlassungen betrifft, so scheinen sie besonders in der Kohlen-, Eisen- und Maschinenindustrie stattzufinden. So wurden in Rheinland und Westfalen bereits Kohlenarbeiter entlassen, das Stahlwerk Hösch in Dortmund in Westfalen hat 500 Arbeiter entlassen, die "Union" hat 100 Arbeiter fortgeschickt, und auf der Zeche "Centrum" bei Wattenscheid wurden 230 Arbeiter auf die Straße geworfen. Mit welcher Freiheit man die Arbeiter behandelt, zeigt ferner die Thatsache, daß anlässlich der jüngst stattgefundenen Reichstagswahl in Bremberg, wo der Sozialdemokrat mit einem nationalliberalen Allianzwahlkandidaten kam, aber unterlag, mehr als 100 Arbeiter im Hinblick auf die sozialdemokratische Kandidatur auf die Straße geworfen wurden.

Bemerkenswerth ist der Fall Hösch. Der Vater dieser Eisen- und Stahlwerke begründete in einer Bekanntmachung an die Arbeiter die Entlassungen damit, daß die Syndikate die Preise für Rohstoffe so hoch stellen, daß sie zu den Fabrikatpreisen in argem Missverhältniß stehen und deshalb wegen Unrentabilität die Produktion eingeschränkt werden müsse. Darüber entspann sich nun in der bürgerlichen Presse eine interessante Diskussion, in der die kartellfreudlichen "Kölner Blg.", "Rheinisch-westf. Blg." und andere mehr jene Firma scharf zurückwiesen. Besondere Erwähnung aus dieser Polemik verdient, daß die "Kölner Blg." der Firma Hösch vorhält, daß sie im Betriebssahre 1893/94 bei einem Aktienkapital von 3,600,000 M. einen Nohgewinn von 660,948 M. und einen Reingewinn von rund 400,000 M. d. h. 11 Prozent des Kapitals mache, und daß es Pflicht der Unternehmer sei, auch einmal eine Zeit lang mit geringerem Gewinn vorsichtig zu nehmen und nicht gleich zu Arbeiterentlassungen zu schreiten. Das ist gewiß prächtig von dem Zentralorgan der deutschen Großindustrien und ganz die Ansicht der sonst so lieb gehabten Arbeiterpresse. Die "Kölner Blg." hätte aber Veranlassung, diese ihre zutreffende Meinung noch vielen andern Unternehmern zu sagen und sich bewußt zu werden, daß die Früchte der guten Zeit immer die Kapitalisten ausschließlich für sich einzuhauen und die Kosten der schlechten Zeit ausschließlich auf die Arbeiter abwälzen in Gestalt von Lohnreduktionen und Entlassungen.

Dieselbe "Kölner Blg." veröffentlichte auch kürzlich die ganz verblüffende Einsendung eines Maschinenfabrikanten, der in Bezug auf die Arbeitslosigkeit schrieb: "Die eigenliche Arbeitersfürsorge besteht hauptsächlich darin, dem Arbeiter einen möglichst gleichmäßigen Jahresverdienst zu beschaffen. Das aber haben

der Staat, die Gemeinden und die großen Anstalten bei Vergebung ihrer Arbeiten in der Hand, thun es aber leider nicht. Bei uns im Maschinenbau laufen die Bestellungen der Privatkundschaft fast nur im Sommer ein; alle Versuche, solche zur möglichsten Vertheilung ihrer Bestellungen über die 12 Monate des Jahres zu bewegen, sind vergebens. Für den Staat, die Gemeinden und großen öffentlichen Unternehmungen bedarf es aber nur eines Befehles an ihre Beamten, und die Vergebungen können so geregelt werden, daß die Industrie Winterarbeit hat. Wir sind zur Zeit an etwa 7 bis 8 größeren maschinellen Arbeiten unserer Besonderheit interessirt, von denen uns mindestens 1 bis 2 zufallen dürften; hätten wir solche jetzt, dann brauchten wir nicht nur keine Leute zum Winter zu entlassen, sondern wir hätten von den vielen sich bei uns melbenden Reservisten noch einige einstellen können. Obige 7 bis 8 Lieferungen hätten nach dem Stande der Vorarbeiten sämmtlich bis Herbst vergebungs-fähig sein können, wenn die betreffenden Beamten ein Verständniß für das, was der Industrie wirklich noth thut, hätten.

Die Bildung der Regierungsbaumeister gibt ihnen aber gar keine Gelegenheit, sich ein solches Verständniß anzueignen. Dann aber sind die Herren während des Sommers so durch Erholungs- und Stubenreisen, durch freiwillige oder unfreiwillige achtwöchige militärische Übungen etc. in Anspruch genommen, daß ihnen für die Vergebung von Winterarbeit keine Zeit bleibt. Einigen Einfluss mag auch noch die Verlegung des staatlichen Steuernahres auf den 1. April auf die Art der Vertheilung der Arbeit haben. Es sei, wie ihm wolle, hierin muß Wandel geschaffen werden; im wahren Interesse der Arbeiter, aber auch der Industrie überhaupt muß Alles aufgegeben werden, die Arbeit möglichst gleichmäßig auf die 12 Monate des Jahres zu vertheilen."

Das sind sehr zutreffende Ausführungen, die aber zugleich zeigen, welche absolute Willkür die Bürokratie ausübt und wie das Interesse der Gesamtheit den von ihr doch bezahlten Angestellten und Beamten vollständig gleichgültig ist. Statt einer Aktion zur Bekämpfung des "Kunsturzes" hätte eine gründliche Reform des Staates und der Gemeinde an allen ihren Gliedern dringend noth.

Augesichts der angeführten Thatsachen kann man jetzt schon sagen, daß dieser Winter für die Arbeiterschaft sehr schlecht anfängt und jedenfalls ebenso schlechten Verlauf nehmen wird. Wie sehr an der Arbeitslosigkeit auch die Metallarbeiter beteiligt sind, lehrt die Statistik. So wurden im Anfang des Jahres 1893 in der von den Gewerkschaften in Stuttgart zusammengestellten Arbeitslosenstatistik unter 2086 Arbeitslosen 67 Schlosser mit 542 Wochen Arbeitslosigkeit und 26 Mechaniker (143) gesetzt; in Leipzig in der Metallindustrie 463 unter 8608 Arbeitslosen; in Halle 36 Schlosser von 1002 Arbeitslosen; in Mannheim unter

1072 Arbeitslosen 73 Schlosser; im Seeburgviertel in Köln unter 598 Arbeitslosen 9 Klempner und 41 Metallarbeiter; in Hamburg waren im März 1894 von 18,981 Arbeitslosen (im Januar 1893 4893 Arbeitslose) 5 Eisen-dreher, 3 Feilenhauer, 28 Formar (Januar 1893: 7), 30 (18) Gelbgießer und Gießer, 2 (9) Kesselschmiede, 327 (48) Klempner, 42 (12) Kupferschmiede, 454 (152) Schlosser und Maschinenbauer, 152 (99) Schmiede; in der 1894er Statistik sind außerdem noch angeführt 63 Heizer, 58 Maschinen und 19 Metallarbeiter. In Altona waren unter 2632 Arbeitslosen 5 Eisen-dreher, 8 Feilenhauer, 8 Formar, 2 Gelbgießer und Gießer, 6 Kesselschmiede, 84 Klempner, 5 Kupferschmiede, 68 Schlosser und Maschinenbauer und 21 Schmiede. In Ottensen zählte man unter 790 Arbeitslosen 2 Eisen-dreher (1893: 1), 0 (1) Feilenhauer, 12 (20) Formar, 7 (7) Gelb- und Zinn-gießer, 2 (8) Kesselschmiede, 10 (11) Klempner und Mechaniker, 26 (44) Schlosser und Maschinenbauer und 13 (28) Schmiede. In der Stadt Bützow waren 1893 unter 1652 Arbeitslosen 155 Metallarbeiter, 1894 unter 885 Arbeitslosen 70 Metallarbeiter.

Um Unterstützungen leistete der Deutsche Metallarbeiter-Verein 1892: 47,617, 1893: 47,642 M. Neiseunterstützung und im letzten außerdem 4484 M. Unterstützung von Gewerkschaften. Die sämmtlichen Gewerkschaften leisteten 1892 an Neiseunterstützung 382,607 M., an Arbeitslosenunterstützung 357,087 M.; 1893 an ersterer 328,748 M. und an letzterer 220,926 M.

Die 303 Naturalverpflegungsstationen in Bayern unterstützen 1893 674,000 Personen mit 284,000 M. Kosten; die 75 Stationen in Baden 121,000 Personen mit 55,600 M.; in der Provinz Brandenburg wurden auf 105 Stationen 262,000 M. ausgegeben; in den 32 Stationen des osthürtungischen Verbandes wurden 118,000 Personen mit 28,000 M. unterstützt; in der Provinz Sachsen und dem Herzogthum Anhalt wurden 458,545 Wandlerer (86,555 weniger als 1892) unterstützt. Wo die Naturalverpflegung besteht, ist höchstlich das sog. "Fechten" oder Betteln der Wandlerer streng verboten; solche Summen bedeuten daher mit den billigen Loskauf einer bekanntlich viel gepräzten Christenpflicht und Uebung von Barmherzigkeit. Der Loskauf ist um so billiger, als jene Summen nur zum Theil freiwillige Gaben und "Wohlthätigkeit" darstellen, im übrigen aus den öffentlichen Stassen stammen, zu denen auch die Arbeiter steuern müssen.

Noch vortheilhafter wirkt die christliche Einrichtung der Naturalverpflegung zu Gunsten der Besuchenden, wenn man folgende Bekanntmachung des Magistrats von Münster liest und welche lautet: "Wir bringen wiederholt zur allgemeinen Kenntnis, daß die auf der Naturalverpflegungsstationen verpflegten Wandler unter Leitung eines Einsiedlers jedem Bewohner der Stadt und der

nächsten Orte gegen geringes Entgelt jeden Vormittag zur Arbeit zur Verfügung stehen. Holzäckerleinern kostet 1 Meter 80 Pf., Töpf-, Kohlenabladen 1 Fuder 30 Pf., bei Feld-, Garten-, Erbarbeiten, bei Dreschen, Eisverpacken u. dgl., werden für den Mann und für den Vormittag 35 Pf. berechnet. Die Verdüsse zum Holzäckerleinern und für die Feld-, Garten- und Erbarbeiten werden von hier aus gestellt. Anträge auf Überlassung der Arbeiter sind schriftlich oder mündlich auf unserem Bureau zu stellen. Die Löhne sind an den Aufseher zu zahlen." — 35 Pf. Lohn pro Vormittag, also pro Tag ganze 70 Pf. Läuft da unsern Junkern und Industriebaronen nicht das Wasser im Munde zusammen? Welches praktische Christenthum! Aber es drängt sich doch die Frage auf: gibt es nicht auch in Nienburg selbst im Winter beschäftigungslose Einwohner, die gerne auch mit Holzspalten etwas verdienen möchten? Überdies müssen diese auch Steuer zahlen und man nimmt ihnen nun zu einem wahren Schandlohn die etwaige Arbeit und den Verdienst weg. In Nienburg nennt man das wahrscheinlich "kommunale Sozialpolitik". Leider ist es an vielen andern Orten nicht besser.

Dazu passt dann vollständig, daß man weder von Seite der Gemeinde noch des Staates irgend welche Vorsorge für die im Winter verstärkt auftretende Arbeitslosigkeit trifft und daß man dieser so wichtigen Frage überhaupt keine Aufmerksamkeit schenkt. Man hat für sie selten das richtige Verständnis, namentlich für ihre soziale und wirtschaftliche Erklärung und Bedeutung nicht und so wird es wohl auch noch manches Jahr verbleiben. Zumindest ist in der Schweiz heißen der praktische Versuch mit der öffentlichen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit schon gemacht worden, thörls ist man mit deren Einführung beschäftigt.

Den satten Junkern und Bourgeois, welche in Gemeinde und Staat Alles beherrschen und nur ihre eigenen Klasseninteressen auf Kosten der Arbeiterklasse vortheilhaft wahrzunehmen wissen, möchten wir die autorende poetische Schilderung des Arbeitslosen, wie sie Genosse Stern-Stuttgart gibt, zur Becherzung empfehlen. Die Verse lauten:

Arbeitslos!
Welch' ein furchterliches Loos!
Hunger wählt in den Gedärmen,
Keinen Ofen, sich zu wärmen,
Kleidung düstig und verschlissen,
Schuhwerk brüdig und zerissen,
Obdachlos, nicht eine Hammer,
Tag und Nacht nur Elend, Jammer.
Nicht ein Blümel Stroh zum Lager,
Ädiger franz und siech und hager.
Selbst der Schlaf den Trost versagt,
Wenn im Leib der Hunger nagt.
Weib und Kinder, Höllenpein!
Keine Stunde Sonnenchein.
Schwarz die Zukunft, hoffnunglos:
Arbeitslos!

Gewerbeleidenschaften mit besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie.

(Fortsetzung.)

Neuere Krankheiten.

Waren die bisher besprochenen Gewerbeleidenschaften speziell Affektionen der inneren Organe, die durch spezifische Reize und Ursachen, wie sie in bestimmten Gewerben vorhanden sind, entstehen oder begünstigt werden, so ist das große Gebiet der äußeren Erkrankungen, d. h. also Erkrankungen der Haut, Augen, Ohren und schließlich die chirurgischen Verletzungen weniger charakteristisch für die einzelnen Gewerbe- und Berufssarten, weil es eben Krankheiten sind, die an allen Orten und bei allen möglichen Gelegenheiten hervorgerufen werden können. Dennoch sind unter ihnen eine Anzahl, deren Häufigkeit beeinflußt wird von bestimmten Verhältnissen chemischer wie physikalischer Natur, Verhältnisse, wie sie im Zusammen-

hang mit anderen zur Entstehung einer solchen äußeren Erkrankung günstigen Faktoren in bestimmten Berufssarten vorherrschend sind. Und deshalb kann man auch diese auf der Oberfläche des Körpers sich abspielenden Erkrankungen mit Fug und Recht zu den Gewerbeleidenschaften zählen.

Wir wissen, daß z. B. bestimmte Hauterkrankheiten durch gewisse Reize der äußeren Umgebung des Menschen entstehen; solche Reize sind sehr hohe oder sehr niedrige Temperaturen, Nässe, Staub, Druck der Werkzeuge und Arbeitsinstrumente u. dgl. Durch die Hämmer bei den Feuerarbeitern, die Zange, den Polstahl einzelner Metallarbeiter, die Zelle der Schlosser entstehen an den Händen die allgemein verbreiteten Schwülen, welche Verhinderungen der Haut darstellen und die leichte Bewegungsfähigkeit der Finger und Hände hemmen.

Bei Bäckern, Schmieden, Klempnern und Kupferschmieden finden wir die höchst lästige Schuppenflechte, deren gewöhnlicher Sitz an der Streckseite der Gelenke ist, und durch ihre häufige Wiederkehr zu den hartnäckigsten Affektionen der Haut gehört.

Die typischste Erkrankung der Haut bildet das Eczem, der sog. Ausschlag; wir finden ihn vorzugsweise da, wo Metallstaub, und zwar sowohl von Eisen, wie von Kupfer und Zink, bei der Arbeit entwickelt wird, sich in feinsten Molekülen auf die Haut legt und dieselbe durch den ständigen Reiz zur Entzündung bringt. Das Eczem, dessen erstes Stadium nur eine feine Rötung der Haut verursacht, bildet später Bläschen und Blasen, die mit Flüssigkeit angefüllt sind. Die anfangs klare Flüssigkeit wird trübe, eiterig, entleert sich, die Blasen trocknen ein, bedecken sich mit Krusten und Wölkchen und es entsteht das Bild des chronischen Ausschlages, der in vielen Fällen allen Behandlungsmethoden trotzt und ein nicht mehr los zu werdendes Lebel bildet. Auch der Getreide- und Mehlsstaub, ferner Laugen, Arsen sind Erzeuger dieser Krankheit.

Wir finden ferner bei Tischlern, Schmieden verhältnismäßig häufig Kraupfader und in ihrem Gefolge Hämorhoiden und Unterschenkelgeschwüre.

Die Muskeln erleiden ebenfalls Veränderungen durch die Art der Arbeit. Die Oberarme des den Hammer führenden Schmiedes, die Hände des den Teig knetenden Bäkers oder des Kastier bearbeitenden Musikers, die Waden der die Augen des Beschauers erfreuenden Tänzerin — sie alle danken der Berufstätigkeit, ihretheils wichtige, theils zierliche Füße. Mit diesem Ergebnisse bestimmter Arbeitsleistung könnte man zufrieden sein, denn es bedeutet ja ein Wachsthum, eine Stärkung der betreffenden Muskelgruppen, läden nicht hinterher andere weniger angenehme Beigaben. So finden wir vor Allem eine Zunahme des Muskelgewebes des Herzens, die sog. Herzhypertrophie, welche durch übermäßige Muskelanstrengungen hervorgerufen Zirkulationsstörungen im gesamten Schlagadargebiet bedingt; man hat diese Hypertrophie namentlich bei Bergvölkern, Grubenarbeitern, Grossmieden, Lastträgern und Schiffsläutern gefunden; auch bei Soldaten ist sie in Folge von anstrengenden Übungen und Kriegstrapazien genugsam beobachtet worden. Es treten ferner bei häufigem und intensivem Druck auf den Handeller Verkrümmungen der Finger bei Maurern, Schmieden, Lastträgern, Grubenleuten ein; wir finden Entzündungen der Schnen, im Flossmund Knirrband, bei Schlossern, Steinlopfern, Schmieden in Folge sog. Preßschläge u. a. m. Bekannt ist außerdem der Kraupf der Schneider und Schuster, die Kontraktionen des Oberarmes und der Schultermuskulatur bei Schmieden, Webstühnen, Kastierspielen, die Lähmungen bei Näherinnen und Webern.

Eine weitere Schwächung erfahren die

Augen des Arbeiters, die mehr wie jedes andere Organ des menschlichen Körpers durch die Berufstätigkeit angepaßt und abgenutzt werden. Welch außerordentlich hervorragende Rolle die Augenverletzungen gerade unter den Berufskrankheiten der Metallarbeiter spielen, mag aus folgender Statistik des bekannten Augenarztes Göhl in Breslau hervorgehen: Fast die Hälfte aller Metallarbeiter in Breslau waren wegen Augenverletzungen in ärztlicher Behandlung und zwar die Gußpulpa als höchstes Kontingent mit 87 Proz., die Schraubenschmiede als geringstes mit 20 Proz.; dazwischen stehen die Maschinenvorarbeiter mit 83, die Dreher mit 69, die Bohrer mit 54, Schlosser mit 49, Schmiede mit 44, Schmiede mit 26 Prozent! Die Verletzungen betreffen in erster Reihe die Hornhaut durch heranliegende Eisensplitter und sind mechanisch-chemische, denn sie gelangen oft als Funken glühend in's Auge. Auch nach dem flüchtigsten Verweilen der glühenden Späne entwickelt sich ein entzündlicher Vorgang, der durch die Umhüllung des Eisenpartikelchens, den sog. Hammerschlag, veranlaßt wird. Dieser Hammerschlag bringt in die Hornhaut ein und verleiht ihr ein charakteristisches Bild; entfernt man nämlich das Eisenpartikelchen, so bleibt eine deutliche Eröffnung der im normalen Zustande glänzenden Hornhaut zurück, an der man bei oberflächlicher Untersuchung nur ein braunes Fleckchen, bei genauerer drei konzentrisch gestellte Ringe bemerkten kann. Die Hornhaut erleidet außerdem, gerade wie auch die Lider, Verbrennungen durch Kalk, Kali, und Natronlauge bei mit diesen Chemikalien handhabenden Arbeitern, Verbrennungen, welche oft tief im Innern des Auges gelegene Theile mit ergreifen und zum Erlöschen des Augenlichtes führen. Daß auch die Gehörhärze bei vielen Berufssarten stark beeinträchtigt wird, ist zu bekannt, als daß wir dies näher zu begründen brauchten: Von den Schriftgezern z. B. weiß man aus Erfahrung und Statistik, daß über die Hälfte an Kurzichtigkeit leidet.

Der ewige Lärm der Werkzeuge und Maschinen in Verbindung mit dem immer schädlichen Agens, dem Staub, erzeugt Erkrankungen der Gehörorgane und zwar kommen Ohrenleiden auf 1000 Arbeiter bei Baumwollspinnern 0,2, bei Baumwolleibern 1,5, bei Mechanikern 2,7.

Ihre Bedeutung steht jedoch zurück hinter dem Heer von Körperverletzungen, die speziell bei den Metallarbeitern vorkommen. Quetschungen, Wunden, Verbrennungen durch sprühenden Strahl oder durch Schlägen sind die täglichen Gefahren des Metallarbeiters. Eine Statistik, die in den Jahren 1875—77 unter 33,054 Arbeitern der Maschinenfabriken von Krupp & Voss vorgenommen wurde, ergab 4225 Verletzungen, d. h. unter 1000 durchschnittlich 127. Auf 1000 Verletzungen kamen: 627 Quetschungen, 169 Verbrennungen, 123 Wunden, 81 Knochenbrüche. Das Zustandekommen dieser Verletzungen ist natürlich bei den komplizierten Betrieben ein verschiedenartiges: Ueberall aber ist das Leben des Arbeiters täglich und ständig von der Gewalt des eisernen Kolosses bedroht, der erbarmungslos die Glieder des Menschen zerstört.

Es ist an anderer Stelle dieses Blattes schon einmal hervorgehoben worden, wie wichtig das Verhältniß des Arztes zur Arbeiterfrage sei im Hinblick auf das durch die sog. soziale Gesetzgebung den Arzten überwiesene entscheidende Votum über Erwerbsfähigkeit und Unfähigkeit, über Unfälle, Unfallansprüche und Leblichkeit. Wir wollen hinzufügen, daß fast noch wichtiger als das Verhältniß zwischen Arzt und Arbeiter das Verständniß ist, daß der Arzt der Arbeiterfrage und ihrem bewegenden Moment, Erzielung besserer gesundheitlicher und wirtschaftlicher Ver-

hältnisse, entgegenbringt. Von diesem Verständniß hängt nicht nur die Beurtheilung eingetretener Schäden und ihrer staatlichen Unterstützung ab, sondern das ganze soziale Streben und Handeln, das er im Dienste der Humanität zur Bekämpfung der Ursachen von Krankheiten aufwendet. Dieses Verständniß schafft ihm die Überzeugung, daß es besser und dankbarer sei Krankheiten zu verhüten als sie zu heilen, es veranlaßt ihn, wie alle die, welche an dem Leben unseres sozialen Körpers thätigen Anteil nehmen, seine vollste Aufmerksamkeit dem Studium der Gewerbe- und Fabrikbetriebe zuwandern, denn in dem Berufe des Menschen, in seiner Beschäftigung, seiner Profession liegt, wie wir gesehen haben, eine Menge von Krankheitsursachen verborgen, die zu finden und zu bekämpfen oberste Pflicht der Gesellschaft wie der Heilkunde ist. Und so kommen wir in logischer Konsequenz zu der Frage, welche Verhältnisse bedingen oder begünstigen die Entstehung oder das Zustandekommen von Gewerbeleidenschaften, und was muß und kann geschehen, um diese verderblichen Ursachen zu entfernen. Den Arbeitern, Arbeitgebern und nicht am wenigsten dem Staat resp. der Gesellschaft erwachsen nun aus der Erkenntnis obiger Schäden eine Reihe von Maßregeln, die einzeln zu besprechen Aufgabe unserer Schlussbetrachtungen sein soll. Betrachten wir zunächst dasjenige, was der in bestimmten Betrieben gefährdeten Arbeiter ihm kann und ihm muß, um sich vor den Schädlichkeiten seines Berufes zu schützen. Wir haben gesehen, daß durch die Einathnung von Staub manchmal gefährlichster Art Erkrankungen der Atmungsorgane zu Stande kommen, und daß dieser Staub seinen Weg in den menschlichen Körper durch Nase und Mund nimmt. Es ist daher nothwendig, daß man diese Theile sowohl in ihrer vollen Ungefährlichkeit zu erhalten wie den eingehämmerten Staub möglichst zu entfernen bestrebt sein muß. Auf der wissenschaftlichen Erkenntnis fußend, daß die Nase der Filter für alle mit der Luft eingetauchten festen Bestandtheile, wie Kohlen-, Staub-, Steintheilchen und an diesen haftenden Krankheitsspuren ist, ist das erste Gebot: Nicht durch den Mund, sondern durch die Nase atmen; um dies zu können, darf letztere nicht zu verstopft sein, wie es bei chronischem Schnupfen, Nasenkatarrhen u. a. der Fall ist! Zur Verhütung dessen — und wir folgen hier wie in den weiteren Ausführungen einer kleinen, außerordentlich instruktiven Arbeit, die an dieser Stelle allen Lesern aufs Angelegenste empfohlen sein mag, nämlich der kleinen Broschüre „Schutz gegen Krankheit“ von Dr. Badek und Dr. Blaschko, die im Verlage von Bading für den minimalen Preis von 10 Pf. erschienen ist, — ist nötig: 1) den Mund durch tägliches Gurgeln mit Wasser oder Salzwasser rein zu halten. 2) hin und wieder — bei Staubarbeit allabendlich nach Beendigung derselben — auch die Nase durch Hochziehen von Salzwasser durchzuspülen. 3) Mäßigkeit im Alkohol- und Tabakgenuss, denn beides im Übergang genossen ist die häufigste Quelle des chronischen Nasenkatarrhs. Wie ungehöriger wichtig speziell der erste Punkt nächst den Staubarbeitern auch für die Blei- und Quecksilberarbeiter ist, wissen wir ja aus der Schilderung dieser Vergiftungen, deren erste Symptome die Ablagerung obiger Metalle an den Zähnen und Zahnsfleisch bilden! Hier heißt es also energischen Kampf gegen Blei- und Quecksilberarbeiter zu führen! Außer diesen Maßregeln erfordert die Hygiene der Atmung eine methodische Lungengymnastik, das sind Übungen zum Zwecke die Brust zu weiten und die Atmungsorgane zur Aufnahme möglichst großer Luftmengen und Ausscheidung aller schädlichen Luftbestimmungen zu befähigen. Dazu ist nothwendig: 1) Das Arbeiter,

namentlich solche, die in städtigen Betrieben, und solche, die in sitzender oder hockender Stellung (Schneider, Schuhmacher, Uhrmacher etc.) beschäftigt sind, jede Gelegenheit benützen, durch Aufrichtung des Körpers während der Arbeit, resp. Arbeitspausen, durch Stundenlanges Gehren in freier Luft, durch langsames, regelmäßiges, vertieftes Atmen den durch die einseitige Arbeitsstellung benachtheiligten Brustorganen wieder zu ihrem Rechte verhelfen. 2) Dass Muskelübungen aller Art, wie Turnen, Schwimmen, Bergsteigen, Velozipedfahren etc. unternommen werden, um den Brustkorb auszubilden und durch erhöhte Herzarbeit auch die Durchblutung der Lunge zu beschleunigen. 3) Dazu gehören eine Reihe von Vorsichtsmassregeln, wie nicht schnell laufen, besonders auf Treppen, von Regen oder Schweiß durchnässte Kleidungsstücke nicht auf dem Körper trocknen zu lassen, die Haut des Körpers durch regelmäßige kalte Waschungen und Abreibungen abzuhärteln. (Schluss folgt.)

Die Glühlampenfabriken und ihr Kartell.

Es ist noch nicht lange her, seitdem man die elektrische Glühlampe bei uns in Österreich fabrikmäßig erzeugt, und doch treten schon bei dieser kaum den Kinderschuhen entwachsenen Industrie Erfahrungen zu Tage, die den schroffen Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter prägnant illustrieren, und die eine Beleuchtung der Produktionsverhältnisse im vollen Maße verdienen.

Als man vor etwa zehn Jahren daran ging, in Wien die Erzeugung — von einer Fabrikation konnte damals nicht die Rede sein — der Glühlampen in die Hand zu nehmen, handelte es sich in erster Linie darum, den kleinen Bedarf des Inlandes zu decken, um sich von der englischen und französischen Edison-Compagnie zu emanzipieren. Dieser geringe Konsum wurde durch eine, in späteren Jahren zwei kleine Werkstätten, die einen mehr handwerksmäßigen Betrieb hatten, vollkommen bedeckt und die sich auf etwa fl. 1,50 belaufenden Erzeugungskosten pro Lampe haben einen mehr als 100prozentigen Unternehmergeinnütt vertrag, weil die Erzeugung fast monopolisiert und nur der jeweilige Bedarf hergestellt wurde. Mit dem Einporblühen der Industrie im letzten Dezennium, mit dem Bedürfnisse nach mehr Licht in allen Betrieben, der zunehmenden Nacharbeit und dem Emporschießen einer elektrischen Zentralstation neben der anderen hat sich das Wesen der Glühlampenfabrikation auch sofort geändert.

Die Herstellung erfolgte nicht mehr handwerksmäßig, sondern mittelst äußerst sinneicher Maschinen, insoweit überhaupt maschinelle Arbeit anzuwenden ist. Die nächste Folge dieser Veränderung war — wie bei allen anderen Betrieben — der Austausch der früheren gelernten durch neue ungelernte Arbeiter. Die von weiter (meist aus Thüringen) gekommenen Glasbläser wurden, wenn sie sich nicht der neuen Ordnung der Dinge fügen wollten, auf's Pflaster gesetzt. Während die Arbeitszeit verlängert wurde, ist der Stundenlohn sowohl als auch der Akkordlohn bei allen Arbeitskategorien im stetigen Falle, und man ist heute bei jenen Grenzen angelangt, die nur bei bescheidenster Lebenshaltung das dürfstigste Auskommen ermöglicht. Während früher 30 männliche und 30 weibliche Arbeiter pro Tag 200 Lampen fertigstellten und einen Gesamtlohn von fl. 120, also durchschnittlich 2 fl. pro Kopf und Tag verdienten, werden im heutigen Großbetrieb bei 90 männlichen und 90 weiblichen Hilfsarbeiten durchschnittlich 2800 Lampen fabriziert und ein Gesamtlohn von fl. 250 bezahlt, was auf den Kopf fl. 1,33 ausmacht. Während früher der Arbeits-

lohn pro Lampe fl. 60 betragen hat, ist er heute auf 9 Kreuzer gesunken. Den entsprechend ist auch der Verkaufspreis herabgesetzt worden, der durch die wilde Konkurrenz der Fabriken untereinander, und durch die anarchische Produktion — ohne Maß und ohne Ziel — unaufhaltbar fiel, von fl. 2 im Jahre 1885 bis auf fl. 1 im Jahre 1890 und auf fl. 50 im Jahre 1893.

Die Fabriken, wohl wissenb, daß es in der Eigenart der Glühlampenfabrikation gelegen ist, daß die Herstellungskosten sich fast im quadratischen Verhältnisse verringern, je größer die Produktion ist, fabrizieren nun lustig darauf los ohne auch nur eine Ahnung davon zu haben, wohin die Massen abgesetzt werden können, und da auch noch die Absatzgebiete durch die in Folge des Monopols der Edison-Swan-Company für England und die Kolonien bestehende Unmöglichkeit der Ausfuhr beschränkt waren, hat sich alsbald unverwertbares Lager angehäuft, das nur durch neuerlichen Preisdruck nach Außen, Lohnreduzierungen nach innen hin wett gemacht werden konnte.

Da man aber bei industriellen Arbeitern mit dem Lohndruck unter ein gewisses Maß nicht herabgehen kann, fing man an, nicht nur sogenannte „jugendliche Hilfsarbeiter“ einzustellen, sondern auch Frauenarbeit selbst bei den schwierigsten und gesundheitsschädlichsten Manufaktionsarbeiten zu verwenden. Bei der Präparierung der Glühfäden waren wohl seit jeher Mädchen vorgezogen, weil die Bartheit der Arbeit angeblich nicht die schwielige und zu schwere Hand des männlichen Arbeiters verträgt, und weil schließlich Niemand mehr gedrückt, Niemand mehr ausgenutzt werden kann als die Fabrikarbeiterin. Dass aber Frauen auch in der Glühlampenfabrik und bei den Quecksilberpumpen verwendet werden, ist eine Errungenschaft der letzten Zeit, die Krone des Fortschrittes in dieser jungen Industrie! Was das bedeutet bei elfstündigter Arbeitszeit in einem Stamm, wo ein Bunsen'scher Brenner neben dem andern, zu arbeiten und das Einschmelzen der Glühfäden in die Glashirne zu bewerkstelligen, bei einer enormen trockenen Hitze, die jedem Eintretenden den Atem verschlägt, was das heißt, in einem Lokale, in dem 50 Quecksilberpumpen stehen, die Dämpfe jahraus jahrein einzutauen, oder das Einbrennen der Glühfäden mit dem Platindruck in den von Benzin und Benzolöl geschwängerten Lokalen zu bewerkstelligen, kann nur beurtheilen, der diese Stätten moderner Produktionsweise kennt. — Und für diese elfständige Arbeitszeit erhalten die Mädchen durchschnittlich einen Gulden pro Tag.

Während früher das Kapital, ernuntiert durch den großen Nutzen, den die Glühlampenfabrikation abwarf, sich der Gründung stets neuer Fabriken anwandte, mühten sich nach dem großen Preisfall die kleineren Unternehmer entweder ganz oder thilsweise zurückzuziehen, da bei deren nicht vollkommen der Neuzett entspregenden maschinellen Einrichtungen und deren geringen Produktionsfähigkeit die Konkurrenz mit dem stärkeren Gegner nicht aufgenommen werden konnte. Wir haben also auch hier das Schauspiel erlebt, daß der Mächtigere den weniger Mächtigen unbarmherzig verzehrt.

Aber auch diesen Starlen wurde mit der Zeit bange vor der Entwicklung der Dinge und sie sahen ein, daß ein Umschwung in den Verhältnissen eintreten müsse, soll nicht ihr Profit ein rein "bürgerlicher" werden.

Was in solchen Fällen das Kapital thut, wurde auch hier inszenirt. Eines Tages kam der jüngste Glühlampenfabrikant, der bisher nur ein "Macher" in Alsfeldau, Journalistik und Börsenjobberei war, mit einem Worte Alexander Scharf, mit der Idee eines Glühlampen-Kartells, welches nach vielfachen

Unterhandlungen in Berlin im Mai dieses Jahres zwischen den vier österreichischen, drei deutschen, einer schweizerischen und drei holländischen Fabriken zu Stande kam. Man mag über die Menge und Stärke denken wie man will, immerhin sind sie weder zum Schutz der Arbeiter oder Konsumenten, wie die Herren Fabrikanten, durchdrückt von purer Ethik, behaupten, sondern großkapitalistische Kampforganisationen mit dem bestimmten Ziele, die mittleren und kleinen Betriebe zu zerdrücken und die „Produktion zu regeln“, zu deutsch: der Organisation der Arbeiter durch Gegenorganisation entgegenzutreten, die Löhne zu drücken, indem sie die Reservearmee vergrößern. Raum war die Regelung der Preisfrage festgelegt, da begannen auch schon die „geheimen und vertraulichen“ Berathungen über die Stellungnahme gegenüber der Arbeiterorganisation.

Dieser Geheimbund — so wurde die Polizeirelation den Verein nennen — steht eben im Begriffe zum Beschluss zu erheben, keinen Arbeiter aus einer Glühlampenfabrik in ihre Dienste zu nehmen, wenn die Fabrik, bei welcher er zuletzt beschäftigt war, nicht die Bewilligung zu dessen Aufnahme in jedem speziellen Fache ertheilt. Jeder Arbeiter weiß, was das zu bedeuten hat. Es sind das die schwarzen Listen der Fabrikanten, welche bezwecken, ihre Arbeiter zu wahren Heoten zu machen, ihnen jede Widerstandskraft zu bemeinen und namentlich die „politisch verdächtigen“ auf's Pflaster zu werfen. Dass dieser brutale Vorgang ungewöhnlich, scheinen die Herren zu wissen, sonst würden sie ihre Absichten nicht mit solcher Menglichkeit verborgen, und deshalb ist es doppelt ruchlos, was sie da beginnen.

Ein Schutz der Arbeiterschaft vor diesem neuen Attentate, seitens unserer Behörden, ist erfahrungsgemäß nicht zu erwarten, und es sind daher die in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter darauf angewiesen, sich selbst zu schützen und diesem ungewöhnlichen Geheimbund der Fabrikanten eine gesetzmäßige, öffentliche, aber deshalb nicht weniger kräftige Organisation entgegenzustellen, die um so leichter durchzuführen ist, als in Österreich-Ungarn nur vier Fabriken (Kremenezky, Maher u. Komp., Scharf u. Komp., Sturm u. Komp. in Wien und die Aktien-Gesellschaft "Hungaria" in Budapest) gibt, mit denen der Kampf im Ernstfalle, und um den handelt es sich ja nur, auszufechten sein wird. Es ergeht daher an alle Arbeiter und Arbeiterinnen, gelehrt und ungelernnt, der Ruf: Organisiert Euch! Den Herren Unternehmern aber sagen wir: Hület Euch! Wir verfolgen mit gespannter Aufmerksamkeit Euer Treiben und werden nicht verhehlen, stets Eure sauberer Anschläge an das Tageslicht zu ziehen.

("Arb.-Zeitung", Wien.)

Zur Beachtung.

Der Feiertage wegen ersuchen wir, alle für die Nr. 52/1894 und Nr. 1/1895 unseres Blattes bestimmten Anzeigen, Korrespondenzen etc. so frühzeitig abzusenden, daß sie spätestens am Samstag, den 22., beziehungsweise Samstag, den 29. Dezember, Morgens, in unseren Händen sind.

Die Redaktion n. Expedition der „D. M.-A.-Z.“

Korrespondenzen.

Former.

Ausbach. In der letzten Mitgliederversammlung wurde über die Verhältnisse der Bachmann'schen Fabrik, über welche vor kurzem die Sperrre für Former verhängt wurde, berichtet und beschlossen, die Sperrre aufrecht zu erhalten. Besonders ist hervor

zu heben, daß zwar die Lohnverhältnisse wieder geregelt sind, jedoch von dem Unternehmer wiederholt Versuche gemacht wurden, Formere einzustellen, wahrscheinlich deshalb, um allmählich die alten Leute zu entlassen. Da dieselben verheirathet sind, wäre dies höchstbedenklich, und so baten wir, den Zugang strengstens fern zu halten. — Wir halten es gleichzeitig für notwendig, den auswärtigen Kollegen einige Thatachen vor Augen zu führen, die uns zur Sperrre veranlaßten. Am 24. November wurde den vier bei der Firma beschäftigten Formern, welche schon mehrere Wochen gemeinsam in Alsfeld beschäftigt waren, ein wöchentlicher Verdienst von 18 fl. (pro Mann 4 fl.) ausbezahlt und ihnen angedeutet, daß sie einen Vorwurf haben könnten. Da schon einige eben so schlechte Wochen voraus gegangen waren, machten die Arbeiter ihre Unzufriedenheit mit den unregelmäßigen Lohnverhältnissen geltend. Sie wurden verschiedene Male bei dem Prinzipal vorstellig, der sie jedoch mit ausweichenden Antworten abschwieg, indem er den zur Zeit kranken Fleischmeister beschuldigte. Als der Prinzipal endlich den Ernst der Situation erblickte, ließ er sich auf eine Regelung ein. — Nebenbei wollen wir noch bemerken, daß die Behandlung, welche den Arbeitern im Allgemeinen zu Theil wird, genügend Vergessung wäre, der Organisation beizutreten.

Gelbgießer und Gürtler.

Hamburg. Mitgliederversammlung der Gürtler, Gelbgießer und Schleifer am 21. November. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der Befolgschreiber bekannt, daß der Vortrag des schwachen Besuchs halber auf nächste Versammlung vertagt werde. Erster Punkt der Tagesordnung war: Bericht der Ortsverwaltung vom Gürtler Streit. Dieser habe eine Ausgabe von 100 fl. verursacht, welcher Betrag in gleiche Theile auf alle Sektionen falle. Der Bericht vom Gewerkschaftskartell wurde durch Entgegennahme desselben erledigt. Zum Punkt: Machen wir eine Dampftour? wurde der Antrag, eine gemeinschaftliche Dampftour mit allen Sektionen zu unternehmen, angenommen. Der Ortsverwaltung ist es überlassen, sich mit den anderen Sektionen zu berathen. Auf die nächste Tagesordnung sind die Wahlen der Ortsverwaltung gestellt. — Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die arbeitslosen Kollegen sich an unsern Arbeitsnachweis, Gr. Neumarkt Nr. 88, wenden mögten.

Metall-Arbeiter.

Berlin. Bestätigung. In Nr. 48 unseres Organs beschäftigt sich der Generalversammlungsbericht des Berliner Lokalverbandes mit meinem Ausschluß aus gewisser Organisation. Die Notwendigkeit der Vereinigung der Lokalorganisation mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande einschend, zwangen mich ganz gewichtige Gründe, als Mitglied der Lokalorganisation (ich gehörte derselben mit einer Unterbrechung, die ich nicht hier verbrachte, seit dem Bestehen derselben an) gegen dieselbe und für den Zusammenschluß einzutreten, was den Vorstand des Lokalverbandes bewog, mich der Mitgliedschaft verlustig zu erklären, weil ich nach § 6 des Statuts gegen die Interessen des Verbandes verstoßen hätte. Nach dem gleichen § 6 sieht dem Ausschlossen das Recht der Berufung an die nächste Generalversammlung zu und veranlaßte mich derselbe, in erwähnter Versammlung gegen den erfolgten Ausschluß Protest zu erheben. Die Glorie des Vorstehenden verhinderte mich nun eifrigst, der Generalversammlung die mich bestimgenden Gründe (das Urteil der Versammlung wäre vielleicht wackig geworden), vorzutragen und ist somit, wenn auch die Bestätigung des Ausschlusses dadurch nicht direkt herbeigeführt, so doch die Idee der Vereinigung zum Mindesten brutalisiert worden. Nachdem also auf diese Weise zu der Berliner Bruderorganisation zu reden unmöglich ist, wird mir auf alle Fälle in einer der nächsten Nummern unsere Zeitung zu einem größeren über die Sache klarstellenden Artikel ihre Spalten öffnen. (Gewiß! Red.)

Frieder. Hofmann.

Bielefeld. Wir sehen uns wieder einmal veraulacht, die Spalten dieses Blattes in Anspruch zu nehmen, um die Zustände in der hiesigen Nähmaschinen-Fabrik von Baer u. Kempt zu schildern. In letzter Zeit ließ genannte Firma die Arbeitszeit wegen "Mangel an Aufträgen" auf 9 Stunden täglich reduzieren, eine Menge Arbeiter muhten sogar Tage lang ganz feiern, während zu derselben Zeit sich die Fabrikleitung bemühte, Arbeitskräfte von auswärts heran zu locken, was einige Schreiben, die uns von Kollegen zugegangen sind, beweisen, welche wir folgen lassen. Aus Jena wird uns unter dem 21. November 1894 geschrieben: "Werthe Genossen! Wir wollten Sie bitten, uns mitzuhelfen, wie die Fabrik von Baer u. Kempt beschaffen, was für Auskommen und Verdienst da ist, denn die Firma hat uns geschrieben, daß sie gern Schlosser von

hier haben möchte. Darum möchten wir wissen, ehe wir uns entschließen können zu plauschieren, wie es um die Firma bestellt ist. Mit kollegialem Gruß (folgt Unterstrich). — Ein anderer Kollege schreibt uns: „Werthe Verbands-Genossen! Betreffs einer Einstellung in der Nähmaschinen-Fabrik von Baer u. Stempel erlaube ich mir, mich bei den Kollegen zu erkundigen, ob da lohnende Arbeit ist, da größtentheils in Akkord vergeben wird. Mit kollegialem Gruß! Dena, den 18. November 1894.“ — In welchen Zwecken besagte Firma fremde Arbeiter hierher lädt, während sie die in Arbeit stehenden wegen Arbeitsmangel feiern lädt, oder was thutweise geschehen ist, dieselben entlädt, können wir nicht feststellen; wir können aber den Kollegen mittheilen, daß die Zustände in genannter Fabrik unerträglich und eines Sklaven eher als eines freien Arbeiters würdig sind. Das ganze Jahr hindurch, fast in jeder Versammlung hören wir klagen über die Chikanen etlicher Meister und Vorarbeiter, über die Anshaltung und enormen Lohnabzüge, die bei einzelnen Arbeitern vorzuhören werden. — Wir warnen daher jeden Kollegen, sich durch gut geschriebene Postkarten von der Firma Baer u. Stempel hierher loszu lassen, denn sowie Gewand mit Waffe macht, sich gegen die Gesplogenheiten in der Fabrik aufzulehnen, muß er wieder springen. — Wir wundern uns nur, daß die Arbeiter der Fabrik es nicht für nötig finden, sich zu organisiren, denn hier wäre es wohl an der Zeit, daß sie sich endlich einmal aufzuraffen, um gegen diese mißlichen Zustände energisch Protest zu erheben. Dies ist natürlich nur durch starke Organisation möglich. — Der Zugang ist von der Nähmaschinen-Fabrik Baer u. Stempel in Bielefeld streng fern zu halten.

Bergedorf. In der am 1. November abgehaltenen Mitgliederversammlung fand die Neuwahl der Ortsverwaltung statt. Das Amt des Bevollmächtigten blieb dem bisherigen, Kollegen Weißt, als Kassirer wurde Kollege Erns einstimmig, als Schriftführer Stockmeyer, als Rechtsanwalt Bielefeld und Böhme gewählt. Zum 3. Punkt wurde ein Antrag angenommen, die Namen derjenigen Mitglieder in der Versammlung bekannt zu geben, welche über 18 Wochen Beiträge schulden. Nächste Versammlung am 5. Januar 1895 bei Herrn Lüth.

Bremen. In einer öffentlichen Versammlung der Metallarbeiter sprach am 25. November Kollege Gothsuus aus Lübeck über „Die moderne Gewerkschaftsbewegung und ihre Gegner“. Redner legte in seiner längeren Rede besonders das Leben des Hirsch-Dunker'schen dar. Ferner bewies er die Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital und gab dann seine eigenen Erfahrungen durch treffliche Beispiele über die Hirsch-Dunker'schen zum Besten. An der Diskussion beteiligten sich besonders die besten Redner der hiesigen Hirsch-Dunker'schen. Die Herren Schäfer und Schröder wollten absolut Gothsuus's Rede widerlegen, hatten aber damit kein Glück. Nach einer Erwiderung von G. gab Schneider diesem Recht. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich in Betreff der modernen Gewerkschaftsbewegung und ihrer Gegner mit dem Referenten vollständig einverstanden.“ Sodann wurde zur Wahl eines Delegierten zur Gewerkschaftskommission geschritten, wobei Kollege Lukas gewählt wurde.

Eisenach. Um auch einmal etwas über unsere Zustände in Eisenach betrifftes des Versammlungsrechtes zu berichten, nehmen wir die Spalten des Verbandsorgans in Anspruch. Wir hatten am 11. September eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung vorchristsmäßig angemeldet, in der Kollege Genfrath über Zweck und Rügen der Gewerkschaften sprechen sollte. In der Hoffnung, diese Versammlung erlaubt zu bekommen, hatten wir uns leider getäuscht. Waren doch seit 1/2 Jahren keine Versammlungen, weder politische noch gewerkschaftliche erlaubt. Das Oberhaupt unserer Residenzstadt fand in der Versammlung eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und schickte uns folgendes Schreiben zu: In Verfolg Ihrer Anmeldung vom gestrigen Tage, erfuhr ich Ihnen hiermit, daß ich die für heute in dem Gasthof zum fröhlichen Mann einberufene Versammlung hiermit untersage, da durch das Auftreten des Metallarbeiters Otto Genfrath aus Hannover, welcher berufsmäßiger sozialdemokratischer Agitator ist, eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu erwarten steht. Eisenach, den 11. September 1894. Der Vorstand der Residenzstadt: Der Ober-Bürgermeister: Müller. — Wir beschweren uns hierauf beim Großherzoglich-Sächsischen Staatsministerium, von welchem wir folgendes Schreiben zugehandelt bekommen: Mit Bezugnahme auf die Beschwerde, welche im Auftrage der Metallarbeiter-Gewerkschaft von Fritz Röller zu Eisenach mit einer unmittelbar anhängt gerichteten Anklage vom 18. Oktober d. J. über das durch Berthe-

nung des Gemeindevorstandes zu Eisenach vom 11. Sept. d. J. ausgesprochene Verbot eines für den gleichen Tag angemeldeten öffentlichen Gewerkschaftsversammlung erhoben worden ist, veranlassen wir den großherzoglichen Direktor des S. Verwaltungshofes bei Übergabe der Anlagen des Gerichts vom 31. Oktober d. J. den Beschwerdeführer dorthin zu entscheiden, daß nach dem landesgesetzlich geordneten Instanzengericht gegen erschöpfende Verpflichtungen des Ortsgerichtsbehörde das Rechtsmittel der Berufung an den großherzoglichen Bezirkshof vorstehe, und daß das von dem Beschwerdeführer unmittelbar und mit Übergebung dieser gesetzlich geregelten Instanz angerufenen Staatsministerium es daher ablehnen müsse, in dieser Angelegenheit oberinstanzliche Einscheidung zu ertheilen. Demselben ist hierbei gleichzeitig zu eröffnen, daß das untergeordnete Staatsministerium gleichwohl nicht Anstand genommen habe, vom Aufsichtsstandpunkte aus die gesetzliche Berechtigung des entsprechenden Vorgehens des Gemeindevorstandes einer Prüfung zu unterwerfen, und daß hierbei gegenüber der tatsächlichen Begründung, welche in der Verordnung des Gemeindevorstandes vom 11. September d. J. enthalten ist, und im Hinblick auf die den Polizeidepartementen des Großherzogthums zustehende, in einschlagenden Gruppen des untergeordneten Staatsministeriums wiederholt näher dargelegte Befugnis zu Maßnahmen im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit keine Veranlassung gefunden worden ist, eine Mängelstellung des entsprechenden Vorgehens der Gemeindebehörde für die Vergangenheit von Amts wegen einzutreten zu lassen. Insbesondere könnte auch gegenüber der in der Anklage vom 16. Oktober d. J. enthaltenen Hinweisung auf die durch § 152 der Strafgerichtsordnung festgestellte Koalitionsfreiheit nicht anerkannt werden, daß in dem Verbote einer als Gewerkschaftsversammlung bezeichneten, aber als öffentliche — für jedermann zugängliche — Versammlung angemeldete Versammlung, hinsichtlich deren hiernach, sowie unter Berücksichtigung des angekündigten Auftretens eines als sozialdemokratischer Agitator bekannten auswärtigen Redners allerdings die Vermuthung begründet erscheint, daß mittels derselben andere Zwecke als lediglich die Herbeführung von Versammlungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen verfolgt werden sollen, ein Widerspruch gegen die erwähnte Vorschrift der Gewerbeordnung zu finden sei. Weimar, den 8. November 1894. Großherzogl.-Sächs. Staatsministerium, Departement des Innern, gez. von Groß. — Auf diese Art und Weise wird uns unserer Versammlungsrecht einfach abgeschöpft und können wir keine öffentliche Versammlung mehr abhalten, was für unsere Sache natürlicher Weise von großen Schaden ist.

Güstrow. Am 24. November fand hier von den einzelnen Verwaltungsstellen beschlossene Landeskongress statt. Nachdem dieselbe um 8 Uhr von dem Kollegen Grapentin eröffnet, hielt derselbe die anwesenden Delegirten im Namen der Verwaltungsstelle Güstrow willkommen; er kündigte hieran die Hoffnung, daß die zu sammenden Delegirten gebringend für unsere Organisation wirken mögen. Anwesend waren 6 Delegirten: Rostock 2, Schwerin 1, Wismar 1, Güstrow 2. Die Tagesordnung war: 1. Wie fördern wir unsere Agitation am Besten? 2. Arbeitslosenunterstützung. 3. Verschiedenes. Zum 1. Punkte wurde von sämtlichen Delegirten hervorgehoben, daß vom Hauptvorstand sehr wenig für unsere Agitation in Mecklenburg gethan sei; die Agitation steht von Rohrlack-Berlin habe ihren ganzen Zweck verfehlt. Es wurde deshalb beschlossen, einen Vorort zu wählen, der die Agitation in Mecklenburg zu besorgen, Verwaltungsstellen u. s. w. zu gründen hat. Dies wurde Rostock ausgerufen. Ein Antrag der Güstrower Verwaltungsstelle, der dahin ging, Biskate fertigen zu lassen, worauf sämtliche Verwaltungsstellen Mecklenburgs und der Sitz des Hauptvorstandes angegeben seien und diese in den einzelnen Herbergen der Elbdei aufzuhängen, wurde angenommen. Zum zweiten Punkt Arbeitslosenunterstützung nahm Hamel-Röpke das Wort. Redner ist der Überzeugung, daß, wenn dem Verbande viele Kollegen erhalten bleiben sollen, unbedingt die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden müsse. Es wurde eine Resolution angenommen, welche lautet: Die heutige Konferenz beschließt, die Delegirten zu beauftragen, diesen Punkt in den Mitgliederversammlungen zur Sprache zu bringen und den Bericht darüber der nächsten Konferenz zu unterbreiten, behufs Ausarbeitung eines Antrages zur Generalversammlung. Die Konferenz hat vor der Generalversammlung stattzufinden. Im 3. Punkte brachte Kollege Hamel-Röpke die im vorjährigen Jahre unternommenen statistischen Erhebungen zur Sprache. Dieselben weisen nur ein übliches Bild auf, von 1000 ausgegebenen Fragebogen kamen nur 200 zurück. Weiter las die Angelegenheit Tapfer (früherer Vertrauensmann von Mecklenburg) zur Sprache.

Nachdem ein Brief von ihm an die Verwaltungsstelle Rostock zur Verleihung gebracht wurde vom Kollegen Schulze-Schwerin folgende Resolution zur Annahme empfohlen: Die heutige Konferenz der Metallarbeiter Mecklenburgs beschließt, nachdem der Brief Tapfer's an die Verwaltungsstelle Rostock zur Verleihung gebracht und vom Kollegen Schulze-Schwerin nachgetragen wurde, daß Tapfer seine Verpflichtungen gegen die Verwaltungsstelle Schwerin und gegen sämtliche Metallarbeiter Mecklenburgs nicht erfüllt hat, sei dem frischen Vertrauensmann Tapfer in Schwerin ein Misstrauensvotum auszustellen. Das Bureau wird beantragt, Tapfer diesen Beschuß zu unterstreichen. Nachdem noch mehrere kleinere Angelegenheiten geregelt waren, wurde die Konferenz mit einem Hoch auf das Gedächtnis unseres Verbandes um 7 Uhr geschlossen. — Alle Anforderungen von Metallarbeitern Mecklenburgs sind an den Vorort unter der Adresse: G. Hamel, Rostock, Güstrower 11, zu richten.

Güstrow. Die „Welt B.-B.“ schreibt:

Der Kreis der Arbeiter bei hiesigen Waggonfabrik ist zu deren Ungunsten ausgefallen und muß nach lauwärmlicher Daner als beendet angesehen werden, nichtsdestoweniger ist der Zugang streng fern zu halten, da der Versuch gemacht werden muß, den 35 Familienvätern, welche im Vertrauen auf die gerechte Sache freudig den Kampf aufzunehmen und nun mit ihren Frauen und Kindern dem Winter und einer arbeitslosen Zeit entgegenzugehen, auf irgend eine Weise Verdienst zu verschaffen. Was uns aber augenscheinlich dieser Aufopferung doppelt empören muß, ist der Umstand, daß die Missstände in der Fabrik fortwähren wie nie zuvor. Wohl selten ist ein Streik mit größerter Berechtigung von Arbeitern geführt worden, wie grade dieser. Die Partnahme bestimmter Personen ist die Rechte der Arbeiter wort für Dienstleistungen, welche die Arbeiter als ein willensloses Ausbeutungsobjekt ansehen, eine empfindliche Schlappe. Die Gefahr des Geldsaus erforderete die Aufsicht des gesamten Polizeiapparates. Auch die Ordnungspresse, „Güstrower Zeitung“, „Rostocker Anzeiger“ und deren Sohn schreiber laufen der Fabrik zu Hilfe. Der „Rostocker Anzeiger“, ein von Indifferenter Arbeitern großgegenes Blatt, öffnet der Direction seine Spalten zu persönlichen Unterstellungen gegenüber den Ausständigen und zu einem Brüderlein über die Niederlage der Besitzer. Es heißt in der Veröffentlichung der Direction: „Nachdem sich der Delegirte der Stuttgarter Zentralstelle vor einigen Tagen von dem Nichtvorhandensein eines Ausstandes bezüg. von der Ausichtslosigkeit des in Folge des abgeschlagenen Ausstandes über die Fabrik verhängten Vorsatz überzeugt hat und den feiernden Arbeitern die naive Erlaubnis gegeben, wieder bei der Fabrik in Arbeit zu treten, sind die Unterstützungen für die Unrechtmäßigkeiten sofort eingestellt und für die Verbrecheraten auf ein sehr geringes Maß reduziert worden. Wegen des allgemein herrschenden großen Arbeitsmangels und des bevorstehenden Winters gehen die Betriebsabenden großem Eindruck entgegen. Die Führer, von denen keiner der Arbeiterschaft der Fabrik angehört hat, sorgen im Trocknen und überlassen die Verführten nur ihrem Eindruck. Das die Fabrik die höchste Böhne gezahlt hat, welche in dieser Industrie wohl in keiner anderen Fabrik Deutschland in gleicher Höhe verbreitet werden, wird jetzt aufseitig wehmütig zugegeben. Die Beschäftigung in der Fabrik ist jetzt erheblich stärker als vor dem Ausstande. Die Arbeiterzahl beträgt gegenwärtig 360, vorher war sie etwa 290.“ — Für eine beträchtliche Verdrehung der Thatsachen findet man schwer einen parlamentarischen Ausdruck. Bevor der durch Maßregelungen organisierte Arbeiter seitens der Fabrikleitung inszenierte Streik in einer von sämtlichen Arbeitern der Fabrik besuchten Versammlung beschlossen wurde, versicherte man nicht, an die Menschenlichkeit des Directors zu appelliren und ihn um Zurücknahme der Entlassungen der in dem Betriebe beschäftigten organisierten Arbeiter zu ersuchen. Dieses Verlangen wurde, da in erster Linie gewahrgenommen, welche lautet: Die heutige Konferenz beschließt, die Delegirten zu beauftragen, diesen Punkt in den Mitgliederversammlungen zur Sprache zu bringen und den Bericht darüber der nächsten Konferenz zu unterbreiten, behufs Ausarbeitung eines Antrages zur Generalversammlung. Die Konferenz hat vor der Generalversammlung stattzufinden. Im 3. Punkte brachte Kollege Hamel-Röpke die im vorjährigen Jahre unternommenen statistischen Erhebungen zur Sprache. Dieselben weisen nur ein übliches Bild auf, von 1000 ausgegebenen Fragebogen kamen nur 200 zurück. Weiter las die Angelegenheit Tapfer (früherer Vertrauensmann von Mecklenburg) zur Sprache.

ihrer Organisation errungen hatten, nach eigenem Gutdünken „mobisierten“. Das waren seine Freunde und andere gibt nicht. Einstimig wurde der Streitbeschuß gefasst, und die breite Begeisterung, daß die „Führer“ der Fabrik nicht angebrachten, wie damit widerlegt, daß angespielt einen Einigkeit, der schriftlich thätig war, sämtliche dem Streikkomitee angehörenden Arbeiter durch die Fabrik in den Rückstand getrieben wurden. Nun, ihr ehrenwerthen „Gilden von Ehre und Ordnung“, die Arbeiter sind unterlegen, aber die Sache des Sozialismus habt ihr gefördert, indem ihr den Arbeitern darüber die Augen öffnetet, daß sie unter der heutigen Gesellschaftsordnung absolut kein Recht finden können.

Höchst a. M. Am 27. November sollte eine Mitgliederversammlung mit einem sehr lehrreichen Vortrag stattfinden, sie mußte aber in Folge zu schlechten Besuches ausfallen. Kollegen, wir erinnern: Euch an Eure Pflicht, wenn Ihr habt die Verantwortung, wenn unsere Verwaltungsstelle zurücktreten sollte. Es ist doch eine Kleinigkeit, alle 14 Tage (Dinsdays) die Versammlung zu besuchen. Sorge in Zukunft ein jeder hieß, auch die zugereisten Kollegen ermahnen wir, zahlreicher zu erscheinen. Vor allen Dingen muß ein Vortrag zu halten, da der Versuch gemacht werden muß, den 35 Familienvätern, welche im Vertrauen auf die gerechte Sache freudig den Kampf aufzunehmen und nun mit ihren Frauen und Kindern dem Winter und einer arbeitslosen Zeit entgegenzugehen, auf irgend eine Weise Verdienst zu verschaffen.

Hamburg. Versammlung sämtlicher Sektorien des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes am 28. November. Ein Vortrag: „Emanzipationskampf der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiet“, Referent Genosse Lorenz, stand als erster Punkt auf der Tagesordnung. Zurückgreifend in's Mittelalter und die damaligen Kämpfe der Bauern und Handwerker sah der, entwidmete Redner den Bürgern ein genaues Bild der Produktionsweise, deren Entwicklung, die Entwicklung der Arbeitervereinigungen bis auf den heutigen Tag, nicht vergessen das Verhalten der jeweiligen Machthaber, die bald Freiheiten gaben, bald aber auch nahmen, welches durch das Koalitionsrecht, mit dem Sozialistengesetz verglichen, so schön beleuchtet wird. Die Unwesenden ermahnen, in der Gewerkschaftsbewegung nicht zu erschaffen, da doch gerade sie es ist, welche dem Ausbeuterthum einen Damm entgegensetzen kann, schloss Redner seinen mit Erfolg aufgenommenen Vortrag. Als zweiter Punkt war Agitation angesetzt, und daß sie nötig ist, wurde von allen, die sich zum Worte melbten, zugegeben. Denn gerade Hamburg, welches von jeher die Hochburg der Bewegung gewesen sei, feiert in unserer Gewerkschaft nicht mal das, was kleinere Provinzstädte thun. Was Wunder auch, da ja die Mehrzahl der älteren Genossen aus der Gewerkschaft herausgewachsen zu sein sich einbildet, vergessend, daß, wer etwas Großes mit bauen will, die Grundsteine nicht abtragen darf, und das sind doch von jeher die Gewerkschaften gewesen. Nachdem wurde beschlossen, 6 Männer zu einer Agitationskommission zu wählen, doch kam das nicht zu Stande. Der Genosse Delsingier, der auch dazu vorschlagend war, lehnte es ab mit der Motivierung, daß er keinen Posten annimme, wo er mit dem Zilliate Warneck in Berührung komme, vornehmend einen Bericht im „Echo“ und in der „Metall-Arbeiter-Zitung“, der besagte, ihm und dem Genossen Brand (wegen einer Bagatelle) keinen Posten mehr anzuvertrauen. Der von Warneck anwesende Genosse Fleibler erklärt hierauf, daß es wohl ein Irrtum des Schriftführers sei, dies im Bericht mit anzuführen, wurde aber von dem überwachenden Beamten unterbrochen, der den Vorsitzenden ersuchte, ihm das Wort zu entziehen, er erlaubte es nicht, über dies Thema weiter zu sprechen. Der Vorsitzende lädt der Versammlung den Zwischenfall auf; er war der Ansicht, daß wir uns vollständig im Rahmen des Gesetzes bewegen und ersuchte Fleibler, weiter zu sprechen. Derselbe hatte eben begonnen, als der Beamte zum zweiten Male aufforderte, dem Redner das Wort zu entziehen. Übermals erhöhte ihm ein „Nein!“ entgegen. Zum großen Erstaunen der Versammlten erkundete Ihnen das in Hamburg von bald bekannte: „Im Namen des Gesetzes erlädt ich die Versammlung für aufgestellt und fordere die Unwesenden auf, sofort das Lokal zu verlassen!“ von Seiten des Beamten entgegen. (Jedenfalls ist den Versammlten der Grund zu dieser Auslösung ein Rätsel geblieben, doch sieht man hieran, wie die Behörden oder deren Vertreter befreit sind, für uns agitatorisch zu wirken.) Der Schriftführer,

Thelot. Am 1. Dezember hielt die kleine Verwaltungsstelle ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der erste Punkt, Arbeitslosigkeit und ihre Folgen, mußte bis zur nächsten Versammlung verlegt werden, da zu viel Material zur Verhandlung vorlag. Bei der Wahl der Bevollmächtigte per Aktionation wiedergewählt. Bei der Wahl des Raßlers entspann sich leider eine heftige Debattie, weil der bisherige Raßler sein Amt wohl weiter

führen wollte, jedoch die Kolportage einem Andern übertragen werden müsse. Dagegen wurde von einem Kollegen Widerspruch erhoben; die Debatte endigte damit, daß der Kassier sein Amt niederlegte und an dessen Stelle Kollege G. gewählt wurde. Als Abkömmlinge wurden die Genossen G. und G. gewählt. Alsdann schreit man gut Wahl von zwei Delegirten zum Gewerkschaftsrat, wozu die Kollegen G. und J. gewählt wurden. — Gleichzeitig ersuchen wir die Kosten, ihren Pflichten nachzukommen, damit die alte Vermaltung der neuen mit einer korrekten Abrechnung dienen kann.

Götz, 1. Dezember. In der auf heute Abend anberaumten Versammlung der Metallarbeiter-aus Gründung einer Verwaltungsstelle für den Deutschen Metallarbeiter-Verband hatten sich so ähnlich alle in der Metallbranche hier selbst beschäftigten Kollegen eingefunden. Kollege Hilbig eröffnete die Versammlung und wies auf den Zweck und die Blüte des Verbandes hin und ersuchte alle Kollegen, welche dem Verband noch fern stehen, diesem beizutreten. Es meldeten sich hierauf 5 Kollegen zur Aufnahme. Es fand hierauf die Wahl der drei Kassenreviseure statt und fiel die Wahl auf die Kollegen Hagen, Grieselde und Vollmann. Als Vertrauensmann war in einer Vorversammlung Kollege Hilbig und als Kassier Kollege Peltzner gewählt. Sämtliche Gewählten nahmen die Wahl dankend an. Nachdem noch Kollege Hilbig darauf hingewiesen, daß auch hier am Orte Wier aus der boykottierten Brauerei der Aktien-Gesellschaft von Schultheiß aus Berlin versorgt wurde und das Lokal nachhalt gemacht hatte, legte er den Kollegen an's Herz, sozialistisch zu handeln und derartige Lokale nicht zu besuchen. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf den D. M. V. geschlossen.

Leipzig-Studenau. Da uns von Seiten der Behörde verschiedene Hindernisse in den Weg gelegt werden, und es nur ein Zufall ist, wenn die Metallarbeiter-Versammlungen zu Ende geführt werden können (wenn überhaupt welche genehmigt werden), so will ich auf andere Weise den Einzelmitgliedern des D. M. V. (Leipzig-West), vom 8. Quartal die Abrechnung bekannt geben. Von 1. Juli bis 30. September steht sich dieselbe wie folgt: Einnahme, Kassenbestand am 1. Juli M 196,83, Beitragsgeld von 121 Mitgliedern 86,80, 5879 Beiträge + 6,85, 284 Delegirtenmarken 28,40, 802 Meisterabzeichen 45,30, sonstige Beiträge 0,75, Summa 118,93. Zu gabe, Streitunterstützung M 250 (für die ausständigen Dreher bei der Firma Swiderski), an einen Gemeinschaften 15, Unterstützung nach § 2 o 15 außerordentliche Abstimmung 25,50, an die Hauptkasse eingezahlt 626, für Porto, Schreibmaterialien und andere Ausgaben am Orte 106,52, Verbleibt am 1. Oktober ein noch nicht abgelieferter Betrag von M 176,91. Ferner wurden im 3. Quartal 73,15 an die Hauptkasse eingesandt für die Ausständigen in Güstrow. Mitgliederbestand am 1. Juli 741, begetreten 121, zugereist 35, abgereist 30, ausgegetreten 11, Mitgliederbestand am 30. September 856. — Ich richte an die Einzelmitglieder des Verbandes das Erleben, unausgesetzt für unseren Verband zu agitieren, denn das Volk der Arbeit wird und muss sich selbst aus dem Joch des Kapitalismus befreien, und dazu bedarf es einer straffen Organisation. — Beitragsverklärungen zum D. M. V. werden zu jeder Tageszeit beim Bevollmächtigten G. Kriegler, Leipzig-Studenau, Karl Heinestr. 68, entgegenommen.

Mannheim. Am 18. November fand eine außergewöhnlich zahlreich besuchte Mitgliederversammlung statt. Genosse Pfeiffen hielt einen Vortrag über: Unsere Rechtspflege. Medner gehalt in scharfen Worten die Handhabung unserer heutigen Rechtspflege seitens vieler Richter und Staatsanwälte. Trotzdem der erste Grundfaß sei: „Vor dem Gesetz sind Alle gleich“, so fände sich doch mancher Staatsanwalt, der der Ansicht huldige: „Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe.“ Medner erbringt hierfür den Beweis, indem er zahlreiche Beispiele ansführt. Kollege Wieper veranlaßte eine lebhafte Diskussion, indem er den Antrag Nürnberg, betr. Erhöhung der Beiträge von 15 auf 20 M zur Sprache brachte. Wieper hat eine Erhöhung, bei Wegfall aller Extrasteuern, auf 20 M als genügend. Es wäre dies schon eine erhebliche finanzielle Säuberung unserer Kasse herbeizuführen. Sämtliche weiteren Medner sind gegen jede Erhöhung. Es wurde auf Antrag von Kollege Jung Folgendes einstimmig beschlossen: In Anbericht, daß durch jede Erhöhung der Beiträge eher eine Schädigung des Verbandes als ein Vortheil eintreten würde, indem durch die Erhöhung viele Mitglieder dem Verband den Rücken kehren und so neben dem Verlust vieler Mitglieder die Kassenverhältnisse sich eher verschärfen als verbessern würden, wendet sich die heutige Versammlung gegen den Antrag von Nürnberg. Ganz spricht sich die Versammlung gegen die Zahlung von Sterbegeld aus, da

dies mit dem Zweck unserer Organisation nichts zu thun hat. — Den heutigen Mitgliedern noch zur Kenntnis, daß Genossen Koschlag in der Versammlung vom 25. Okt. als Vertreter zum Gewerkegericht gewählt wurde.

Neu-Kuppitz. Am 24. November fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt, welche leider wieder schlecht besucht war, so daß wir uns gezwungen sahen, mehrere Punkte bis zur nächsten Versammlung zu verschieben. Vom Kollegen Schwemann wurde der Antrag gestellt: Wie verhalten sich die Metallarbeiter zum Gewerkschaftsrat? Der Antrag wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Dann wurde von den Kollegen Schönig und Wirth der Antrag gestellt, den ausgesteuerten Kollegen und Neujenigen, welche dem Verband mindestens 4 Monate angehören und richtig bezahlt haben, ein Lohngegenwert von 25 M in Form einer Schafsmarke zu bewilligen. Dies wurde einstimmig angenommen. Die Kollegen werden darauf aufmerksam gewacht, daß in der nächsten Versammlung, am 15. Dezember, Besprechung über Abhaltung des Einstellungsfestes stattfindet. Es wollen daher sämtliche Kollegen pünktlich um 8 Uhr erscheinen. Wiederholt sollten dieselben doch bald erkennen, daß es dem Wirth auch nicht einerlei ist, für 6—7 Monat, oder für mehr den Saal zu heizen und nicht zu verbrennen.

Schönbrück a. G. Am 17. November fand hier in Gemeinschaft mit den Holzarbeitern eine Versammlung statt. Dabei konnte man sich so recht von dem Indifferentismus der heutigen Kollegen überzeugen. Metall- und Holzarbeiter waren nur 20 erschienen; 20 Besucher waren Angehörige anderer Gewerkschaften. Kollege Gärtnert (Buckau) sprach über das Thema: Das Koalitionsrecht der Arbeiter. In seinem sachlich gehaltenen Vortrag sprach Medner erstmals über die Kämpfe und Erfolge der englischen Gewerkschaftsorganisationen. Zu den deutschen Gewerkschaften übergehend, stellte Medner und die englischen Gewerkschaften als Muster vor und forderte auf, nicht zu erlahmen in den Kämpfen, welche Hindernisse sich uns auch entgegenstellen mögen. Nach der Aufforderung zum Beitritt in den Verband meldeten sich 2 Kollegen. — Die regelmäßigen Mitglieder-versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 7. eines jeden Monats im „Gasthaus zum Bürgerhaus“, Breiteweg 57 statt.

Strelitz. Eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiter-Versammlung fand am 25. November im Strelitzer Schützenhaus („W. Lille“) statt. Das Koalitionsrecht der Arbeiter und der Güstrower Streit war das Thema, über welches Kollege Kunze referierte. Referent konnte nicht umhin, dem anwesenden Berichterstatter der freisinnigen „Stettiner Abendzeitung“ erst einen Denkzettel zu erhalten, daß derselbe einen objektiven, unparteiischen Bericht zu bringen habe. In der Hoppe'schen Versammlung habe Referent einen gewerkschaftlichen Vortrag vor Beauftragten gehalten, vom Berichterstatter sei aber die politische Meinung des Referenten auffallend gekennzeichnet. Wenn die politische Frage angeschnitten wurde, so geschah dies durch den Gewerksverein Medner. Mednigs schämt sich Referent dieser feiner politischen Meinung durchaus nicht, sollte sie aber auf diese Weise herabgesetzt werden, so würden wir solche Berichterstatter in unseren Versammlungen einfach nicht mehr dulden. In seinem Vortrage legte Referent nun klar, wie die Arbeiterschaft von Seiner bestrebt war, von dem ihr zustehenden Koalitionsrecht Gebrauch zu machen und wie die Entwicklung der Organisationen unter dem Ausnahmegesetz schwer zu leiden gehabt hätte. Eine Auflösung kam aber die andere. Es sind von politischen Organisationen aufgelistet 106, von gewerkschaftlichen Verbänden 17 und über 100 Lokalorganisationen. Man konnte wohl den Namen hören, nicht aber den Geist, die Gesinnung. Die Arbeiterverbände als Kampforganisationen waren den bestehenden Klassen von jeher ein Dorn im Auge; sie wurden daher auch von Kapitalistenvertretern im Fleischtag gerne „wüste Organisationen“ genannt. Seit einigen Jahren fortsetzt es fortwährend, und wir haben auch unter allen neuesten Kursen alle Ursache, die Augen offen zu halten. Wenn man einen Vergleich zieht zwischen heute und der Ausnahmegesetzzeit, so kann man sagen, daß wir unter dem Ausnahmegesetz mehr Freiheit gehabt haben als heute. Heute löse man schon ohne Ausnahmegesetz auf, und sei es der harmloseste Turnverein; sogar freiwillige Feuerwehren werden an der Ausübung ihres Berufes verhindert und aufgefordert, sobald irgend ein Mitglied im Bereich sozialistischer Gesinnung steht. Also kann man wohl behaupten, daß das Koalitionsrecht stark gefährdet sei, auch ohne Ausnahmegesetz. Ein Beispiel hierfür liefert wiederum der Güstrower Streit. Ganz anders dagegen werden die Hirsch-Düncker'schen Gewerkschaften behandelt; denselben ist auch unter dem Ausnahmegesetz kein Hürchen getragen worden. Medner bedauert nun nicht, daß die Gewerkschaften

nicht auch aufgelöst sind, aber wir verlangen das selbe Recht und keinen Unterschied. Die Gewerkschaften betreiben eine leise Agitation, möglichst mit den Unternehmern Hand in Hand, während den Sozialdemokraten vorgeworfen wird, sie wollen alles im Sturm nehmen. Doch aber entgegen Agitation haben die Gewerkschaften aber keine Erfolge aufzuweisen und werden auch niemals mit ihren „Forderungen“ durchdringen. Diese Forderungen, welche wesentlich in freier Vereinbarung mit dem Unternehmerthum bestehen, sind und werden immer stromende Wünsche bleiben. Bei dem heutigen Ausbildungssystem, wo der Kapitalist bemüht ist, möglichst hohe Dividenden herauszuholen, gibt es einfach keine freie Betriebsföderation, kein Hand in Hand gehen. Die Kluft zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten ist unüberbrückbar. Daher heißt es nicht nur wünschen, sondern fordern, und das thun wir. Referent legt nun an der Hand reichlichen Materialien die Entstehung des Güstrower Streits dar und stellt dabei die Frage auf: Wie stellen sich die Hirsch-Düncker'schen zu diesem Streit? Diese ihre Stellungnahme hätten sie auch u. a. in einem Artikel des „Regulator“ bewiesen. Danach hätten sie gar keine Verantwortung, den Zugang fern zu halten, weil der Streit einfach frivol wäre, ja, sie forderten ihre Mitglieder direkt auf, dort in Arbeit zu treten. Wenn nun der Bürgermeister, ein Arzt, der Domherr, ja selbst der Fabrikbesitzer sich auf Seite der Streitenden stellen, ja, wenn selbst ein Generalkommissar des Hirsch-Düncker'schen Gewerkschaftsvereins sich äußert: „Eine solche Handlungswise seitens der Gewerkschaften den Streitenden gegenüber ist als ein vollkommener Betrug zu betrachten“, so kann man wohl sagen: Hier ist alle Scham zu den Hunden entflohen. Alle Kämpfe, alle Böschüte der Arbeiter sind gar nichts gegenüber den Machenschaften des Unternehmerthums, als da sind: schwarze Listen, Urtätsbüro, Auszehrung, Heizung von Land zu Land usw. Medner sieht keinen interessanten, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag mit einem Appell an die Anwesenden, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen. In der Diskussion, welche die Fortsetzung der vorigen Versammlung war, wurde zugleich unten folgende Resolution zur Debatte gestellt. Der Vorsitzende, Kollege Goßow, hielt den Gewerksvereinern entgegen, daß sie schon immer das Reipferd des Liberalismus gewesen sind, sie seien ein Hindernis in der Arbeiterbewegung. Dem Gewerksverein Medner hatte er entgegen, daß nicht wir unsere Mitglieder bei Streit aushungern wollen, sondern die Unternehmer. Medner vertritt drei Namen von Streikbrechern (Gewerksvereinern) und wirft den Gewerksvereinern Fehlheit vor. Althu (Gewerksverein) weist die Zugehörigkeit zum Liberalismus zurück, präzisiert der Vortragung frühe Streitunterstützung von M 1,50 pro Tag und erregt den Unwillen der Versammlung, als er die Abgeordneten Weber und Grillenberger in die Debatte zieht, weshalb er sogleich unterbrochen wurde; er segte aber sofort wieder die Bühne aus der Anteilung in volle Thätigkeit, als er den Anschluß an den Gewerksverein empfahl. Prochnow (Gewerksverein) versuchte einigermaßen sachlich unsere Stellung bei Güstrow zu widerlegen, hält es auch nicht für richtig, daß für eine einzelne Person (namlich junge Leute) gestreift wird. (Dürfen es denn nur Großväter sein, Herr Prochnow?) Da zählen sie (die Gewerkschaften) lieber eine Unterstützung. (Sie werden wohl nie in diese Lage gerathen, D. G.) Medner stellt die Entscheidung: Güstrower Streit anders dar, als der Referent, indem er behauptet, von der Zentralstelle des Metallarbeiter-Verbandes sei die Forderung an die Direktion in Güstrow ergangen, zwei Arbeiter zu entlassen. Er hält es auch für besser, wenn der Artikel im „Regulator“ nicht erscheinen würde, meint aber, die Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“ könne daraus die Lehre ziehen, daß im „Regulator“ jede Meinung zum Austausch kommt. (Schöne Meinung) das, zum Streitdruck aufzufordern, wie es die Redaktion des „Regulator“ gethan. (Red.) Genuß, der ganze Streit gehe sie nichts an. Er bedauert ferner, wenn durch die Gesetzgebung die Freiheit beschränkt werden sollte. Kollege G. Schäffer geht mit den Gewerksvereinern sehr hart ins Gericht; er wirft ihnen vor, sie kumpeln schon auf den Rücken der ehrwürdigen Bergarbeiter, sie hätten auch schon fleißig von uns gelernt. Wenn die Gewerkschaften behaupten, mancher Arbeiter in Güstrow hätten an 50 M pro Woche verdient, so frage er, ob sie die Woche vielleicht zu 100 Stunden rechnen? Er wirft ihnen weiter Hartnäckigkeit vor und erwidert den Anschluß an den Metallarbeiter-Verband. Kästlein (Gewerksverein) will behaupten, daß die sozialdemokratischen Arbeiter länger arbeiten wollen, wie Gewerksvereinern (Gewerkschaften). Die Arbeiter, die gerne streiken, sind nunzustreiten. Mitgliedstädt (Gewerksverein) weist den Vorwurf, antisemitisch zu sein, zurück und verteidigt sich zu der Behauptung, Mitglieder vom Holzarbeiter-Verband wachen Abends Überstunden auf Bauten. Er wirft dem Kollegen E. dass er Unkenntlichkeit und Mäuseität vor und reicht den Kalauer, die Sozialdemokraten sangen schon an, von den Gewerksvereinern zu lernen. (Schallendes Gelächter.) Die Sozialdemokraten verurtheilen die Auffordern, haben sie noch in sozialdemokratischen Druckereien, Kollege G. schlägt widerlegt den Vorwurf gründlich, zeigt, wie die Konkurrenz der nichtsozialistischen Druckereien in's Unendliche ginge und reicht den Gewerksvereinern den preisgekrönten Auftrag über „Auffordarbeit“ aus der Feder eines Gewerksvereinlers unter die Haie. Medner führt einige Beispiele an, wie die Gewerkschaften bei jeder Gelegenheit in's Maulschloß schlecken. Ferner ist Schäffer der Vorwurf der Jugend gemacht, diesen wolle er zurück. In seinem Schluswort bedauert der Referent, daß sämtliche Gegner in der Diskussion auf seinen Vortrag nichts ernsthaft hätten und nur einzelnen Diskussionsrednern widersprochen. Dann läßt der Referent die sämtlichen Ausschreibungen in der Diskussion kleine passieren, wobei den Gewerksvereinern nochmals wichtig eingehetzt wurde, und er pflichtet den Anwesenden abermals, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten. (Stimmlicher Beifall.) Folgend: Medner wurde mit allen gegen 9 Stimmen der Gewerksvereinler (die Wörter hatten sich wohl von der Wichtigkeit der in der Sitzung vertretenen Aussichten überzeugt oder sie hatten sich vor Schluss der Versammlung darüber gewusst.) angenommen. Die Resolution lautet: „Die heutige Versammlung erklärt sich in Übereinstimmung mit dem Referenten in Bezug auf unsere Stellung, die wir bei Streit und Böschüte eingenommen haben, weist aber mit Einschließlich die Unterstellung Hirsch-Düncker'scher Gewerkschaften zurück, als seien wir erst in neuerer Zeit zu dieser unserer Auffassung gelangt. Beweis: Die Resolution auf dem Metallarbeiter-Kongress zu Berlin im Mai 1890 und auf dem Parteitag zu Halle a. S. im Oktober 1890. Des Weiteren erklärt die heutige Versammlung den Güstrower Kollegen ihre volle Sympathie, verspricht, dieselben so weit als möglich zu unterstützen und protestiert auf's Säderste gegen die Behandlung, welche der „Regulator“, Organ der Hirsch-Düncker'schen Gewerkschaften, den Streitenden hat zu Thiel werden lassen. Die Anwesenden verpflichten sich ferner, für die Ausbreitung unserer Organisation zu sorgen und sie zu dem zu machen, was sie sein soll, ein Kampfverein im wahren Sinne des Wortes.“ Ein begeistert aufgenommenes Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schließt die impulsive Versammlung.

Hellenhauer.

Berlin. Rüttung, Hellenhauer! Der Zugang nach der Feilenfabrik von Richard Weißler, Elisabeth-Ufer 19, ist streng fernzuhalten, da sich die Arbeiter mit dem Fabrikanten in Discrepanzen befinden.

Stralsburg i. G. Auf die von uns gutgeheißen Annonce in der „Metallarbeiter-Zeitung“ hatten sich bei der Feilenfabrik Alo. Meyer, hier, so viele Feilenhauer gewendet, daß ihre Werkstätten bald überfüllt waren, was ein Beweis der großen Arbeiterlosigkeit in unserem Gewerbe ist. Durch dieses übergroße Arbeiterangebot, man sagt 300 (?), sah sich die Firma bald veranlaßt, so schlechte Arbeit herauszugeben, daß es einem Feilenhauer bei den Ortsteilen so schweren Existenzbedingungen unmöglich war, das Datein zu fristen. Es ist Thatjat, daß ein Kollege, welcher nur 3 Tage hier arbeitete, am dritten Tage nicht zu Mittag essen konnte, weil er keine Schäden hinterlassen wollte. Aus diesem Grunde sah sich die heutige Ortsverwaltung veranlaßt, eine außerordentliche Mitgliedererversammlung mit der Tagesordnung: „Die Zustände in der Feilenfabrik Alo. Meyer“ einzuberufen. Ein Vertreter der Firma war zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen worden. Nach Empfang dieser Einladung berief die Direktion einige organisierte Kollegen auf's Bureau und befugt dieselben über ihre Forderungen, welche dahin gingen, eine 10proz. Tarifzähligung zu erreichen. Die Direktion verweigerte einen so hohen Tarif und einige man sich schließlich zu einer Erhöhung von 10 Prozent für Feilenhauer und 5 Proz. für Salzhauer, sowie Abschaffung aller Geldstrafen. Am folgenden Tage, den 29. November, fand unsere Versammlung unter zahlreicher Beteiligung der Kollegen statt. Doch kann begonnen, eisach schon die heilige Hermandad in Gestalt eines Schuhmannes und wollte die Versammlung verhindern, weil sie nicht politisch angemeldet sei. Wir erwiderten ihm, daß dies eine Mitgliederversammlung sei und der behördlichen Genehmigung nicht bedürfe. Er gab sich damit zufrieden und entscherte sich mit grünlichem Gesicht, woran wir ungern weiter lügen konnten. Kollege Schulz zeigte

und schließlich der Kasse den Rücken lehren würden. Ebenfalls werde es schwer halten, der Kasse neue Mitglieder zuzuführen. Gleichzeitig würden auch die Beschlüsse der Filialen von Dresden und Umgegend vom 21. Okt., betr. die Vertheilung von Flugblättern bei Erhebung von Extrasteuern an die Mitglieder, um denselben klar zu legen, warum die Extrasteuern erhoben werden müssen, aus erkannt.

Aufruf an die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Berbandskollegen! Bereits 15 Wochen haben unsere Kollegen in Güstrow um ihr ihnen gesetzlich zustehendes Recht, gegen die Brutalität des Kapitals, gegen alle Macht- und nationale Unternehmertums und der Polizei tapfer gekämpft, aber dennoch mußte die gerechte Sache der Arbeiter der Utmacht des Kapitals unterliegen.

"Friede sei auf Erden!" werden bald die Weihnachtsglöckchen verlunden. Friede wird dann auch in Güstrow sein; aber thener ist dieser Friede von beiden Seiten erkauft worden. Welche Gefühle werden aber bei den 47 ausgesperrten Kollegen eingehen, welche ihres Erwerbszweiges verbannt, durch schwarze Listen gebrandmarkt und somit dem langsamem Verhungern preisgegeben sind? Sie, die der gerechten Sache Alles geopfert, werden zu Weihnachten mit leeren Händen dastehen; statt freudiger Gesichter wird es tränende Augen und nummerierfüllte Herzen geben, wenn Ihnen nicht von uns Hilfe, Unterstützung an Theil wird.

Nun, Berbandskollegen! sorgen wir dafür, daß auch bei unseren Kollegen in Güstrow auf einige Stunden der Weihnachtsfriede einkehrt. Streben wir dahin, daß unsere Kollegen einige frohe Stunden im Kreise ihrer Familie erleben, helfen wir den Bedrängten, daß sie nicht den Mut verlieren und an der gerechten Sache der Arbeiter verzweifeln.

Und mutig werden sie dann im neuen Jahre den Kampf um's Dasein aufnehmen.

Kollegen, ich glaube nicht fehl zu gehen, wenn ich mit dem Vorschlag an Euch herantrete, zu diesem Zwecke kleine Extra-Sammlungen, amerikanische Auktionen, kleine Vergnügungen usw. zu veranstalten; ich nehme an, daß es keinen Kollegen gibt, der nicht mit mir einverstanden ist. Es müßte doch traurig um das vielgeprahnte Sozialitätsgefühl der Arbeiter bestellt sein, wenn 25,000 Metallarbeiter 47 in dieser traurigen Lage befindlichen Kollegen nicht eine Weihnachtsfreude bereiten könnten.

Es würde sich dann noch empfehlen, sämtliche Gelder an eine Zentralstelle, z. B. Stuttgart, mit einem diesbezüglichen Vermerk zu senden. Von dieser Stelle aus wird es dann einige Tage vor Weihnachten als Weihnachtsgeschenk für die ausgesperrten Kollegen nach Güstrow gesandt.

Büder, den 10. Dezember 1894.
Mit kollegialsem Gruß und Handschlag!
A. Kraas.

Gerichts-Zeitung.

Die Ermordung des Präsidenten Carnot — grober Unfug. Daß die Ermordung Carnot's "öffentliches Vergerniß" erregt hat, unterlegt wohl keinem Zweifel, daß aber niemand, der seine subjektive Ansicht über die Ermordung Carnot's in einer Versammlung zum Ausdruck bringt, wegen groben Unfugs bestraft werden kann, dürfte wohl kaum glaubhaft sein, und dennoch ist's geschehen. In Dresden natürlich, wo man es ja belästigt mit der Auslegung des groben Unfugsparagraphen ganz besonders in der letzten Zeit sehr weit gebracht hat. Das bekannte Wort: "Was man nicht anders bestrafen kann, sieht man als groben Unfug an", kann nirgends besser Anwendung finden, als auf die Auslegung des groben Unfugsparagraphen in Sachsen. In einer Metallarbeiterversammlung, die am 26. September in Dresden-Neustadt stattfand und in der Ge- nosse Schilde aus Stuttgart referierte, soll in der Diskussion von dem Metallarbeiter Schulze gesagt worden sein, Carnot habe von Einem, der durch die Verhältnisse dazu getrieben wurde, seinen verdienten Lohn empfangen. Wegen dieser Neuerung erhielt er eine auf eine Woche laufende Strafverfügung, weil er "öffentliches Vergerniß" erregt habe. Gegen jene Verfügung hatte er richterliche Entscheidung beantragt. Kürzlich fand vor dem Dresdener Schöffengericht die Verhandlung statt. Schulze hatte sich durch den fröhleren Kollegen, Medikator Reichard, der Vorsteher in der betreffenden Versammlung war, vertreten lassen. Dieser erklärte, daß er selbst sich auf den Wortlaut der intriminären Neuerungen nicht mehr beissen könne und daß Schulze bestreite, diese Neuerungen gethan zu haben. Es könnte aber sein, daß er sich ähnlich auslassen habe. Nach Reichard's Ansicht handele es sich aber hier nur um eine vermessene

Niederlage, die auch er verurtheilen müsse, schon um deswillen, weil sie mit dem damaligen Verhandlungsschema gar nichts zu thun hatte. Wenn auch er diese Neuerungen verurtheilt, so müßte er sich aber ebenso entschieden dagegen wenden, daß die Polizei Demaniden wegen groben Unfugs bestraft, der da seine subjektive Ansichtung dieses Instituts regelmäßig Beiträge, Leider geschieht dies gegenwärtig noch nicht von allen Gewerbe, so daß das Institut nicht noch allen Richtungen seine Aufgaben erfüllen kann, da es oft an den nötigen Mitteln hierzu fehlt. Daß das Institut trotzdem segensreich wirkt, geht aus den regelmäßig veröffentlichten Berichten hervor. Im ersten Halbjahr dieses Jahres wandten sich an den Arbeitsnachweis 1758 Personen, welche zusammen 1043 Kinder zu ernähren hatten und insgesamt 128 Jahre und 61 Wochen arbeitslos waren. Von den Arbeitsnachweis wurden von Januar bis Juni 845 Stellen vermittelte. Unter den Personen, welche Arbeit erhielten, befanden sich 18 Arbeiterinnen und 12 Dienstmädchen. Im 3. Quartal d. J. haben Arbeit gesucht 1657 Personen, davon waren verheirathet 317 Personen mit 675 Kindern. Arbeitslos waren diese 1657 Personen 5895 Wochen, oder 109 Jahre, 6 Monate und 1 Woche. Das Alter vertheilt sich folgendermaßen:

Das Arbeitsnachwobureau der Gewerkschaften Magdeburgs.

15—20 Jahre	628 Personen
20—30 "	687
30—40 "	229
40—50 "	85
50—60 "	30
60—70 "	8

Angemeldet wurden 461 Stellen, besetzt kounten hiervon werden 843 und mussten 118 freibleiben. Dies liegt daran, daß nicht die verlangten Kräfte immer gleich zur Stelle waren und dieselben dann von anderer Seite gestellt wurden. An weiblichem Personal waren die gestellten Wünsche ebenfalls noch nicht so befriedigt, wie es sein möchte, denn von 72 Gesuchten kounten wieder nur 46 befriedigt werden. Das Arbeitsnachwobureau hat gleichzeitig auch die Auszahlung der Stellenunterstützung für einzelne Gewerkschaften übernommen. Stellenunterstützung wurde gezahlt:

Im 1. und 2. Quartal:	
Metallarbeiter	6 897,99
Sattler	26,60
Schmiede	12,20
Schuhmacher	102,80
Holzarbeiter	206,88
Schneider	109,80

Im 3. Quartal:	
Metallarbeiter	6 327,79
Sattler	14,—
Schmiede	21,20
Schuhmacher	36,60
Holzarbeiter	163,31
Schneider	114,60
Buchbinderei	48,89

Es wäre zu wünschen, daß die Magdeburger Gewerkschaften diesem Institut eine größere Aufmerksamkeit schenken und besonders durch Zahlung der Beiträge daselbe lebensfähig erhalten würden, dann wird es auch in Bezug auf Agitation für die Gewerkschaften wünschbar thätig sein können als bisher. Im Verhältniß zur Zahl der am Orte in der Industrie beschäftigten Arbeiter sind die Gewerkschaftsorganisationen in Magdeburg sehr schwach. Es muß, um diesem Nebenstand abzuhelfen, eine rege Agitation unter den nichtorganisierten Arbeitern entfaltet werden. Die Arbeitsnachwobekommission würde sich als eine geeignete Zentralstelle für die Betreibung dieser Agitation erweisen. Da aber nicht für alle Gewerbe die Beiträge geleistet werden und einzelne, bei denen eine gute Organisation besteht, sich der Beitragsteilung entziehen, so kommen für die Agitation noch keine Mittel verwandt werden. Es liegt aber doch im Interesse der nichtorganisierten Arbeiter, daß sie dafür Sorge tragen, daß auch in anderen Berufen die Organisation genügend stark wird. Wenn sie durch die Beitragsteilung an eine Zentralstelle des Ortes eine ausreichende Agitation unter den nichtorganisierten Arbeitern möglich machen, so müssen sie damit nur sich selbst, da die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in anderen Berufen auch von Einfluß auf die Lebensstellung der schon heute bessergestellten Arbeiter ist.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, 3. S. W. Die 5. Verlag) ist soeben das 10. Heft des 13. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Andere Zeiten. — Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland. Von Friedrich Engels. — Die Arbeiterpartei Belgien. Von Louis Vander Velde. — Notizen: Das Volkshaus als Amt für bankrotte Kaufleute. Arbeitsparat in Kohlentransport. — Fensterton: Sibirische Elopeneindrücke. Ein Beitrag zu dem Denkmal Alexander III. und seines Regierungssystems. Von G. Grätz. (Schluß.)

Der Sozialdemokrat, Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Beyträge)

straße 2). Die Nr. 45 vom 8. Dezember hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Aus England. — Brief aus Holland. — Das Rechtsystem der Sozialbeamten. — Wie man uns behandelt. — Parteinachrichten. — Todtenliste. — Zur Auseinandersetzung in der Partei. — Die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes in Hamburg. — Kommissionsbericht über den Bullmanstreit. — Zum Solinger Streit. — Agrarisches. — Gewerkschaftliches. — Vermischtes. — Bitterisches. Soeben erschien das 5. und 6. Heft des kürzlich von uns angezeigten Werkes „Naturkräfte und Naturgesetze“ von Dr. Ant. Lampy. (Verlag der ersten Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand in Wien, VI/1, Guempendorferstraße 8.) Preis 20,- = 12,- lt. Die Hefte enthalten u. a. folgende Abschnitte: Ursprung und Bahnen der Kometen. — Meteorsteinfälle. — Feuerkugeln. — Sternschnuppenfälle. — Zusammenhang der Sternschnuppen mit den Kometen. — Über den Weltuntergang. — Ebbe und Flut. — Über die Verfaßung des Weltalls. — Analogie zwischen dem Weltall und einem Gaste. — Über die Grundzüge der Elektrostatik. — Der elektrische Funke. — Geschwindigkeit der Elektrizität. — Allere Hypothesen über die Natur der Elektrizität ic. sc. Bestellungen auf das Werk, welches in za. 12 Heften vollständig sein wird, nehmen alle Buchhändler und Kolporteurs entgegen, sowie auch die Verlagsbuchhandlung.

Pater Ambrosius. Charakterbild aus dem fränkischen Bauernkrieg. Eine historische Studie von Wilhelm Blos. 64 S. Ott. Preis 27,- J. Würzburg. Börlein & Co. Dieses soeben erschienene Schriftchen aus der Feder unseres Genossen W. Blos — den deutschen Arbeitern durch seine größeren historischen Arbeiten (Französische Revolution, Bauernkrieg, 1848er Revolution ic.) genauso bekannt — greift eine Episode aus dem großen, fränkischen Bauernkriegs, aus der Zeit Florian Geyer's, heraus und gibt uns ein Charakterbild eines derjenigen Männer, die zwar keinen hochländenden Hintergrund haben, die aber als Volksmänner und Mütther von festen Füßen und sicherer Niederschlagung dem Volke nicht unbekannt bleiben dürfen. Pater Ambrosius, ein Würzburger Augustinerbruder, war der Feldprediger des fränkischen Revolutionsheeres vom Jahre 1525. Der Verfasser sagt von ihm: „Die Geschichte muß ihm unter den edlen Opfern einen Platz neben Johannes Hus, Thomas Müntzer und Giordano Bruno einräumen.“ — W. Blos' „Pater Ambrosius“ ist sozusagen ein Pendant zu Georg Dommel's „Johannes Hus“, der im gleichen Verlag erschienen ist. Da an Broschüren historisch-kritischen Inhalts gerade kein Überfluss in unserer Parteiliteratur vorhanden ist, so wird das Werkchen sicher zahlreiche Abnehmer finden.

Briefkasten.

Bauen. Ausschließungen aus dem Verband kann nur der Hauptvorstand vollziehen.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Aachen. Sonnabend, 22. Dez., außerordentliche Generalversammlung. T.-D.: Neuwahl des Vorstandes. Verschiedenes. — Die Deputanten werden auf § 3 Abs. a aufmerksam gemacht.

Apolda. Sonnabend, 15. Dez., Abends, 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Restaurant „Vorwärts“. T.-D.: Lagezahlen und Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag über: Zentrale und lokale Gewerkschafts-Organisationen mit Berücksichtigung der Kirch-Dünker'schen Gewerksvereine. Die Kollegen werden erucht, wenn irgend möglich, die Gewerksvereine persönlich mitzubringen, außerdem wird der hiesige Vorstand derselben freilich eingeladen.

Alt- und Neudorf. Sonnabend, 16. Dez., Abend, 8 Uhr, in der „Feldschänke“. — Die Verbandsmitglieder werden erucht, bei Wohnungswechsel ihre genaue Adresse bei unserem Zeitungskolporteur Götz anzugeben.

Aschersleben. Samstag, 22. Dez., Abends, 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Bayerischen Hof“, Löhrstr. T.-D.: Zahlung und Aufnahme. Neuwahl der Ortsverwaltung. Wie regulär wir unsere Zeitungskolportage dragen und verschicken. — Die Deputanten werden zum letzten Mal gebeten, ihren Pflichten vor Quartalschluss nachzukommen, widrigfalls genau statutarisch verfahren wird.

Borsigwalde. Sonnabend, 22. Dez., Abends, 8 Uhr, im Schräber'schen Lokal, Generalversammlung. T.-D.: Aufnahme und Zahlung der Beiträge. Abrechnung vom letzten Stiftungsseiste. Vortrag: Ziele der Gewerkschaftsbewegung. Verschiedenes.

Garmisch. Dienstag, 18. Dez., Abends 9 Uhr, bei Herrn Ellerbrock (Hamburgerstr. 184), Mitglieder-Versammlung. T.-D.: § 2 des Verbandsstatus.

